Nr. 240. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 25,50 Mk., monatl. 8,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15,— Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 20,— M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kompareillezeile kostet 2,50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 11. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Nittis Vernunftpolitik.

Solidarität der Interessen.

Rom, 10. Mai. Bei Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer über die Konferenz in Spa, dieser Konferenz komme großpolitische Bedeutung zu. Die Alliierten würden jetzt zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrechterhalten werden könnten. In bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine runde Summe zu nennen, die von seiten der Alliierten mit Unparteilichkeit geprüft werden würde. Dem deutschen Verlangen auf Ueberlassung von Geschützen und Flugzeugen würden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle Wünsche Deutschlands zur Hebung seiner Produktion wohlwollend und eingehend berücksichtigt werden, denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich sich wieder erhole, was auch für die anderen besiegten Völker gelte.

Millerand nach London eingeladen.

Paris, 10. Mai. Wie „Matin" mitteilt, ist gestern Ministerpräsident Millerand von der englischen Regierung eingeladen worden, nach England zu kommen, um das Programm für die Konferenz von Spa festzusetzen.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal" meldet heute vormittag, es bestehe die ausgesprochene Tendenz in London, die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand zu verhindern.

Die Teilnehmer von Spa.

Amsterdam, 10. Mai. „Telegraaf" meldet aus Brüssel: An der Konferenz in Spa werden Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien teilnehmen. Der amerikanische Gesandte wird den Sitzungen beiwohnen, ohne aber an den Erörterungen teilzunehmen. Die Konferenz wird voraussichtlich 300 bis 400 Personen umfassen, da jede Delegation einen zahlreichen Stab mitbringen wird.

Frankreichs Durchkreuzungsversuche.

Rotterdam, 10. Mai. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" weist darauf hin, daß die Franzosen jetzt schon versuchen, von Lloyd Georges Versprechungen über die Gleichberechtigung der Deutschen in Spa etwas abzuhandeln und die Sache so darzustellen, als würde man dort die Deutschen nur zu einem Verhör zulassen. Das werde wohl nicht geschehen, da sich die Deutschen anscheinend an Lloyd Georges Wort halten wollen und nur nach Spa gehen werden, wenn sie als Gleichberechtigte zugelassen werden.

Hinausschiebung bis Ende Juni?

Brüssel, 10. Mai. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureaus.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es so gut wie sicher, daß die Konferenz in Spa bis Ende Juni hinausgeschoben wird.

Die Brüsseler Meldung versehen wir mit einem Fragezeichen nicht allein, weil sie in Widerspruch zu den übrigen Nachrichten steht, die aus London, Rom und sogar aus Paris einlaufen, sondern auch deshalb, weil bei mancher „zuständigen"" belgischen Seite der Wunsch der Vater des Gedankens sein könnte. In Paris und in Brüssel arbeitet man vielfach Hand in Hand, wenn es heißt, die Vormachtspolitik Italiens und Englands zu durchkreuzen. So wie Belgien allein das französische Vorgehen im Mainzau unterstützte, so möchten vielleicht gewisse nationalistische Kreise in Belgien die Versuche Frankreichs, die Konferenz in Spa zu sabotieren, durch tendenziöse Meldungen über Verkürzung der Rechte der deutschen Vertreter, Hinausschiebung und dergleichen sekundieren. Aber es scheint, daß alle diese Manöver am festen Willen Lloyd Georges und Nittis, neue weltpolitische Bahnen einzuschlagen, scheitern werden. Immerhin ist heutzutage jeder Sieg der Unvernunft möglich und unsere Deutschnationalen dürfen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich obige Meldung dank den „zuständigen" Pariser und Brüsseler Stellen schließlich bewahrheiten würde.

Riesenstreik in Frankreich.

Paris, 10. Mai. Havas verbreitet folgende Meldung über den Streik: In Cannes haben die Bauarbeiter, in Bordeaux die Metallarbeiter, in Marseille die Straßenbahnangestellten, in Lyon die Bau- und Metallarbeiter, in Grenoble die Metall-, Bau- und Transportarbeiter beschlossen, dem Streikbeschluß Folge zu leisten. Die Gruppe der Metallarbeiter des Norddepartements, welche die Städte Lille, Arras, Valenciennes, Calais, Cambrai, Dünkirchen, Roubaix, Marchiennes und andere umfaßt, hat beschlossen, am Montag vormittag die Arbeit einzustellen. Auch die Eisenbahner in Lille haben beschlossen, wieder in die Streikbewegung einzutreten.

St. Etienne, 10. Mai. (WTB.) Sämtliche Gewerkschaften haben heute den Generalstreik beschlossen.

Lyon, 10. Mai. (WTB.) Das Personal der Straßenbahn hat beschlossen, der Aufforderung zum allgemeinen Streik Folge zu geben. Die Straßenbahnen verkehren nicht.

Marseille, 10. Mai. (WTB.) Die organisierten Arbeiter haben heute den Generalstreik beschlossen.

Paris, 10. Mai. (Havas.) Die Gewerkschaft der Seeleute des Departements Var hat sich für Wiederaufnahme der Arbeit entschieden. Desgleichen werden die Werftarbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren.

•

Da wir bereits beim vorigen französischen Eisenbahnerstreik die Erfahrung gemacht haben, daß jedes vom sozialistischen Standpunkt aus selbstverständliche Wort der Sympathie für das kämpfende Proletariat Frankreichs, das in unserem Blatte zu lesen ist, in demagogischer Weise gegen die Streikenden von der reaktionären Pariser Regierungspresse ausgeschlachtet wird, wollen wir uns damit begnügen festzustellen, daß nach den letzten Meldungen der französische Streik trotz aller Verfolgungen eine Riesenausdehnung gewinnt.

Polenstreik in Oberschlesien.

Beuthen, 10. Mai. (WTB.) Im oberschlesischen Kohlenrevier beträgt die Zahl der Ausständigen 50—60 Proz., in Rybnik 60 bis 75 Proz. Die deutschgesinnten Arbeiter erschienen zur Arbeit.

Beuthen, 10. Mai. (TU.) Der Leiter der Interalliierten Kommission hat sich dem Polenführer Korfanty gegenüber gegen den Streik erklärt und betont, daß die Entente die Arbeitswilligen schützen wolle.

Die Wiener Arbeiter gegen die Reaktion.

Der Zug der Viertelmillion.

Wien, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Den Wiener Kreisarbeiterrat beschäftigte bereits seit längerer Zeit der Plan, eine Kundgebung der gesamten Wiener Arbeiterschaft gegen die immer dreister auftretende Reaktion zu veranstalten. In der letzten Sitzung forderten aber die Kommunisten, daß die Demonstration unter ihrer Parole stattfinden solle. Als die sozialdemokratische Mehrheit darauf nicht einging, erklärten die Kommunisten, die immer nach der Diktatur der Räte schreien, den Mehrheitsbeschluß des Kreisarbeiterrats nicht anzuerkennen, sondern für sich selbst zu demonstrieren. Der Kreisarbeiterrat überließ darauf die Veranstaltung der Demonstration den politischen Parteien.

Die sozialdemokratische Kundgebung hatte einen solchen Umfang wie die unvergeßliche Wahlrechtsdemonstration vom 28. November 1905. Ganz Wien stand unter ihrem Eindruck. Von 3 Uhr an wurde der Straßenbahnbetrieb eingestellt, da die Straßenbahner an den Demonstrationszügen teilnahmen. Um 5 Uhr hörte die Arbeit in den Betrieben auf und die Arbeiter zogen bezirksweise auf die Ringstraße. Die Züge marschierten in Zehnerreihen, auf der Ringstraße in Zwanzigerreihen. Sie bewegten sich vom Schottenring am Parlament vorbei über die ganze Ringstraße, und der Vorbeimarsch dauerte gegen 2½ Stunden. Von der Aspernbrücke am anderen Ende des Halbkreisbogens der Ringstraße zogen die Massen wieder in die Bezirke ab. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf etwa eine Viertelmillion.

Die Demonstration galt auch der Vermögensabgabe sowie der Kommunalisierung der Polizei. Auf den Standarten waren die Inschriften: „Nieder mit der Reaktion!" „Die Geduld der Arbeiter hat ein Ende! „Heraus mit der Vermögensabgabe!" „Hoch die russische Revolution!" „Heraus mit dem Kirchenvermögen!" „Nieder mit Horty und Kapp" zu lesen.

Die Kommunisten gingen in kleinen Zügen vor das Rathaus, wo sie eine Versammlung mit etwa 5000 Teilnehmern abhielten. Beim Abmarsch der Kommunisten kam es vor der Polizeidirektion zu Kundgebungen gegen die Polizei. Um ½8 Uhr war die Massendemonstration zu Ende, ohne daß sich irgendein Zwischenfall ereignet hatte. In allen Städten Deutsch-Oesterreichs fanden ähnliche Kundgebungen statt.

Stinnes.

Der durch den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Ztg." weitergetriebene Versuch des Kapitalmagnaten Hugo Stinnes, einen riesigen Zeitungskonzern im Solde der Schwerindustrie zu gründen, legt die Frage nach dem Ursprung der Milliarden nahe, mit denen Herr Stinnes Zeitungen, Industriewerke, Wälder, Rittergüter und Bergwerke in beliebiger Zahl aufkauft. Da gelangt denn das Wort von Karl Marx einmal wieder zu Ehren, wonach das Kapital aus allen Poren blut- und schmutztriefend zur Welt kommt.

Ein besonders interessantes Kapitel bei der Entstehung des Stinnesschen Riesenvermögens ist sein Anteil an der Liquidation im besetzten Belgien. Ursprünglich als Vergeltungsmaßnahme gegen den Wirtschaftskrieg gedacht, entwickelte diese sich mehr und mehr und bald ausschließlich zu einer Maßnahme, die über das deutsche Großkapital einen Milliardensegen ausgießen sollte.

Zur Ausnutzung der Konjunktur bildeten sich drei Essener Gesellschaften (Industriegesellschaft 1916 m. b. H., Verkehrsgesellschaft 1916 m. b. H., Bodengesellschaft 1916 m. b. H.) Alle drei waren eine Schöpfung des rheinisch-westfälischen Großkapitals, ihre Hauptbeteiligten waren, Friedrich Krupp A.-G., Phönix A.-G., Gutehoffnungshütte A.-G., vor allem aber Deutsch-Luxemburgische Bergwerke A.-G., die Firma des Herrn Hugo Stinnes. Dieser war denn auch der geistige Leiter der Unternehmungen.

Die drei Essener Gesellschaften verstanden nach ursprünglichen Widerständen die Regierung zu bewegen, daß ihnen zwar nicht förmlich, aber tatsächlich ein Monopol bei dem Ankauf der zu liquidierenden belgischen Unternehmungen eingeräumt wurde, nämlich eine Art Vorkaufsrecht. Gegen Außenseiter wußte sich der Essener Trust des Herrn Stinnes durch geschickte Maßnahmen zu sichern.

Außer auf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Schiffswerften usw. hatte es Herr Stinnes hauptsächlich auf die Kohlenfelder der Campine, ein Milliardenobjekt, abgesehen. Natürlich hingen alle diese Erwerbungen aufs engste mit den belgischen Annexionsplänen zusammen. Hatte die Schwerindustrie einmal erst Milliardenobjekte in Belgien, wie die Kohlenfelder der Campine, erworben, so sollte diese Tatsache in die Wagschale geworfen werden, um die Annexion Belgiens mit wirtschaftlichen Interessen zu begründen.

Für die von ihm übernommenen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zahlte der Stinnes-Konzern den äußerst niedrigen Preis von 28 Millionen Mark. Der frühere Zwangsverwalter hatte den Wert auf 48 Millionen angegeben, also bald das Doppelte. Ein Gutachten des Direktors der Elektrizitätslieferungsgesellschaft in Berlin, Hempel, gab den Wert auf 32 Millionen an. Obwohl diese Schätzung den tatsächlich gezahlten Preis noch um 4 Millionen überstieg, müssen die Stinnes und Genossen mit ihr sehr zufrieden gewesen sein, denn nach der Uebergabe des Gutobjekts wurde Herr Hempel Brüsseler Direktor der Gesellschaft mit einem Gehalt von 100 000 Mark.

Der niedrige Preis wurde begründet durch das angeblich hohe Risiko. Tatsächlich bestand aber gar kein Risiko, denn der Kaufpreis war laut Vertrag zu zahlen durch Hinterlegung eines Solawechsels bei der Seehandlung in Berlin, fällig sechs Monate nach Friedensschluß. Es war also von vornherein vorgesehen, daß der Gegenwert für die Uebernahme nicht vor der Entscheidung der Waffen in die Hände der belgischen Vorbesitzer kam.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: die Essener Gesellschaften des Herrn Stinnes haben wertvolle Objekte im besetzten Gebiet und wertvolle wirtschaftliche Vorteile zu unverhältnismäßig günstigen Bedingungen ohne ein beträchtliches Risiko erworben. Allein der Verlust des Krieges verhinderte, daß dieser Millionenfischzug der Schwerindustrie restlos eingebracht werden konnte, wenn auch während der Besetzungsperiode enorm verdient wurde.

Leute, die so hinter den Kulissen der Weltereignisse die Millionen scheffelten unter wohlwollender Beihilfe der alten wilhelminischen Regierung, wollen jetzt die deutsche Presse aufkaufen. Zu welchem Zweck, das ist wohl nach dem Vorgesagten klar.

•

Georg Bernhard widmet nun den Leitartikel der Sonntagsausgabe seiner „Voss. Ztg." dem Stinnesproblem. Er sieht in den Zeitungskäufen des Stinneskonzerns, die noch weiter betrieben werden, weniger ein Mittel zur restlosen Eroberung der politischen Macht als „die Ausläufer eines groß angelegten geschäftlichen Planes". Den organisatorischen Eigenschaften dieses skrupellosen Kapitalisten singt er einen Lobeshymnus, wie er schöner nicht von Horaz, dem poetischen Speichellecker des großen Augustus, ausgedacht werden konnte. Stinnes ist der größte Geschäftsmann seiner Zeit, dabei aber beileibe kein

Schieber! Nur ganz verschämt deutet Bernhard an, daß Stinnes (also nicht die verlästerten Arbeiterräte!) der größte Revolutionsgewinnler Deutschlands ist. Daß Stinnes den Amerikanismus in unserem Lande zu bisher nicht dagewesenen Formen entwickelt, liegt eben daran, daß er ein größerer Kopf sei, als man sie in der Regierung hat. Daher muß, „wo Stinnesscher Erwerbssinn und öffentliche Interessen miteinander in Widerspruch treten, Stinnes Sieger bleiben". Und es ist — immer nach Bernhard — nur die Schuld der Regierung, daß das so kam.

Ward größerer Unsinn seit Adams Zeiten je verzapft?

Während Bernhard ohne Vorbehalt zugibt, daß Stinnes sich überall gegen das Gemeininteresse durchgesetzt hat, stellt er die kühne Behauptung auf, Hugo Stinnes wäre innerhalb einer organisierten Wirtschaft die größte Hoffnung für das Erstarken des deutschen Wirtschaftslebens. Weiß Georg Bernhard nicht, daß Stinnes mit seinem Kapital in letzter Zeit die organisierten Wirtschaftszweige (Kohle und neuerdings auch Eisen) vernachlässigt hat, um es in der nichtorganisierten Wirtschaft anzulegen und so die weitere Organisation der Wirtschaft zu sabotieren? Welchen Grund hat dann Bernhard, diesem Saboteur der Gemeinwirtschaft seine Komplimente zu Füßen zu legen?

Wir haben volles Verständnis dafür, wenn die Chefredakteure bürgerlich-kapitalistischer Blätter sich und ihrer Partei goldene Brücken in die Zukunft bauen wollen. Wir begreifen auch, daß der Unterschied zwischen Schieber und Unterkapitalisten ganz und gar verblaßt vor der Unkompliziertheit des Denkens, die nach Bernhard ein Kennzeichen des genialen wirtschaftlichen Organisators ist und ihm nicht weniger wie Herrn Stinnes zu hohem Lobe gereicht.

Wir müssen aber dann auch feststellen, daß diejenigen, die als Wissende den Machthunger des Kapitals mit solchen Phrasen umbrämen und dem gläubigen Bürgertum Sand in die Augen streuen, durch ihre Art in nichts von denjenigen unterschieden sind, die ihren Erwerbssinn mit dem Allgemeininteresse verwechseln.

Scheidemann, der Nationalbolschewist.

Ammenmärchen des „Temps"-Berichterstatters.

Ein Musterbeispiel für die dilettantenhafte und zugleich tendenziöse Art, in der das Ausland über die deutschen innerpolitischen Verhältnisse unterrichtet wird, bietet ein sehr ausführlicher Bericht, den der Vertreter des „Temps" in Deutschland, Herr A. de Guillerville, aus Dresden unter dem 27. April an sein Blatt gesandt hat und den das offiziöse französische Organ, das sonst bestrebt ist, ein gewisses politisches Niveau zu wahren, kritik- und kommentarlos abdruckt. Herr de Guillerville, der seit über einem Jahr in Deutschland weilt, und der in seinen Korrespondenzen aus Berlin seine reaktionären Anschauungen sehr deutlich zur Schau trug, ist anläßlich des Kapp-Putsches nach Dresden übergesiedelt und „informiert" seitdem die Leser des „Temps" über die Vorgänge in Deutschland von der sächsischen Hauptstadt aus. In welcher Weise, wird man aus folgendem ersehen können. In diesem Briefe vom 27. April bespricht er den Rücktritt des Genossen Gradnauers und schreibt wörtlich:

„Diese Ministerkrise ist das Werk Scheidemanns (!) und seiner Clique, deren revolutionäre Machenschaften, welche sich auf der kurzen Stuttgarter Tagung der Nationalversammlung entfaltet haben, die größte Bedeutung verdienen."

Der Berichterstatter entwickelt nun in allem Ernste eine Theorie, wonach der Rücktritt Gradnauers durch die „extremistische" Chemnitzer Richtung der Partei erzwungen worden sei, und deutet an, daß diese Chemnitzer Opposition von Scheidemann organisiert worden sei. Gradnauer wird als ein Wortführer des Moderantismus und des Föderalismus hingestellt, was „ihm den Zorn der bolschewistischen Kosmopoliten (?!) eingebracht" habe, die „unter Führung Scheidemanns (!!) die Mehrheit bei den Wahlen zu erringen und eine rein sozialistische Regierung zu bilden." Weiter heißt es:

„Diese Einigung der deutschen Sozialdemokratie kann nur zum Schaden der gemäßigten Elemente vollzogen werden, und, falls diese Kombination glückte, würde Deutschland um so schneller im Bolschewismus untergehen, als Scheidemann und seine zweideutige Umgebung die **besten Beziehungen zu den Moskauer Herrschern unterhalten** und ein politisches und wirtschaftliches Bündnis mit Sowjetrußland befürworten."

Es ist schwer, soviel haarsträubenden Blödsinn in so wenigen Zeilen zusamemnzuschreiben. Aber es ist klar, daß der „Temps"-Berichterstatter mit diesen Phantasien doch einen bestimmten Zweck verfolgt, und dieser Zweck entpuppt sich sofort in den darauffolgenden Ausführungen, in denen dem Genossen Scheidemann unterstellt wird, er suche

„Anschluß sowohl an die Extremisten, **deren Programm er angenommen habe**, wie auch an die Militaristen und Reaktionäre, denen er die Möglichkeit einer **Revanche mit Hilfe der russischen Sowjetarmeen** in Aussicht gestellt hat."

Es ist beschämend für den „Temps", der sonst als eins der am besten informierten französischen Blätter gilt und gelten will, daß er solche Ammenmärchen veröffentlicht. Der Zweck, den der reaktionäre Herr de Guillerville verfolgt, ist offenbar, unter der Maske einer vorgeheuchelten Sympathie für die Genossen Gradnauer und Noske Zwietracht in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie zu säen und den Genossen Scheidemann vor der öffentlichen Meinung Frankreichs und vor den alliierten Regierungen als „Bolschewisten" oder gar als „Nationalbolschewisten" zu kompromittieren.

Keiner will's gewesen sein!

Eine deutschnationale Agitationsbroschüre, gedruckt vom „Reichsboten", beginnt unter der Ueberschrift „Der Putsch" mit folgenden Worten:

Wäre der Putsch gewonnen, jeder von uns hätte **den Stolz darüber mitempfunden.** Jetzt, wo er verloren ist, **will es keiner gewesen sein.**

Welche Selbsterkenntnis! Aber Verzeihung, wir haben uns geirrt. Die Ueberschrift heißt nicht „Der Putsch", sondern „Der Krieg". Aber dem deutschnationalen Verfasser, der die wuchtigen Sätze über den Krieg schrieb, hat sicher die Haltung seiner Partei beim Kapp-Putsch vorgeschwebt. Der „Krieg" wird also nur ein Druckfehler sein.

Der Tod des Hauptmanns Berthold.

Was verschwiegen wird.

Die „Deutsche Zeitung" bringt einen langen Klageartikel über den Tod des Hauptmanns Berthold, der als Führer der „Eisernen Schar" am 15. März bei Harburg ein Opfer seiner eigenen Verschwörerpläne wurde. Natürlich ist die Harburger Einwohnerwehr, die gegen Berthold den Kampf aufnahm, nach Ueberzeugung der „Deutschen Zeitung" eine gemeine mörderische Horde von Bestien, die einen edlen, unschuldigen Mann ums Leben gebracht hat.

Da muß doch einmal klar ausgesprochen werden, daß Berthold sein Los einzig und allein sich selber zuzuschreiben hat. Bei Berthold wurden massenweise die Dokumente gefunden, aus denen sonnenklar hervorgeht, daß er das Haupt einer weitverzweigten Verschwörung zum Sturze der Republik war. Unter dem Titel „Das Netz der Verschwörung" haben wir hier einen ganz kleinen Teil des Materials wiedergegeben, der sich bei günstigeren Papierverhältnissen vezehnfachen ließe. Man erinnere sich der von Berthold selbst unterzeichneten Protokolle, die mit der größten Deutlichkeit den Umsturz vorbereiten, man erinnere sich der an Berthold adressierten Briefe, die ein getreues Spiegelbild von der heimlichen Wühlarbeit Bertholds und seiner Helfer in Reichswehr und Studentenschaft geben. Aus ihnen geht auch hervor, daß Berthold die „Eiserne Schar" lediglich zu dem Zweck gegründet hat, um beim Putsch eine zuverlässig gegenrevolutionäre Truppe in der Hand zu haben. Nun hat ihn die Nemesis ereilt. Als er mit seinen Leuten zugunsten der Kapp-Lüttwitz eingreifen wollte, wurde er von der Harburger Einwohnerwehr niedergekämpft.

Warum hat die „Deutsche Zeitung" aber hartnäckig über Bertholds Verschwörertätigkeit geschwiegen, als wir die Dokumente veröffentlichten, **warum erwähnt sie auch jetzt diese Tätigkeit mit keiner Silbe?!**

Pommersches Idyll.

Einen Tag vor dem Kapp-Putsch.

In welch empörender Weise in Pommern, dort, wo es am schwärzesten ist, von Reichswehroffizieren gegen friedliche Landarbeiter verfahren wurde, darüber gibt der folgende Bericht Auskunft, den wir aus Greifswald erhalten:

Am 12. März, also einen Tag vor dem Kapp-Putsch, wurden durch Reichswehrsoldaten des Garnisonkommandos Greifswald auf Befehl des Majors von Hammerstein auf einer Reihe von Gütern des Landkreises Greifswald **15 Arbeiter festgenommen** und nach Greifswald gebracht. Die Verhafteten waren **Vertrauensmänner** des Landarbeiterverbandes. Järe Verhaftung erfolgte auf Veranlassung des Gutsvorstandes Kutschke in Kagenow und des Besitzers vom Rittergut Tantzow, und zwar mit der Begründung, die Leute hätten zum Streik aufgefordert. Es handelte sich dabei um eine lokale Bewegung, die sich **gegen die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden** täglich richtete. Die Arbeiter, die sich nicht ohne weiteres gutwillig dem Gebote der **Guts„herren"** fügen wollten, hatten nur in Ausübung ihrer **verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte** gehandelt. Trotzdem wurden sie kurzerhand durch die Militärbehörde verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Der — inzwischen abgesetzte — Landrat des Landkreises Greifswald entblödete sich nicht, in einem Bericht an die Regierung, ohne eine ordnungsgemäße Untersuchung abzuwarten, die verhafteten Arbeiter als „Rädelsführer" zu bezeichnen. Als dann die Sache an die Greifswalder Staatsanwaltschaft kam, wurden die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt, da sie absolut nichts begangen hatten, was die Verhaftung hätte rechtfertigen können. Das geschah am 20. März, so daß die Arbeiter volle 9 Tage unschuldig und wider Recht und Gesetz im Gefängnis sitzen mußten.

Bemerkenswert ist, daß dieser empörende Rechtsbruch der Greifswalder Offiziere und der Gutsbesitzer einen Tag vor dem Kapp-Putsch erfolgte. Die Herren fühlten sich wohl stark genug, mit den Führern des verhaßten Landarbeiterverbandes aufzuräumen. Aber wundern muß man sich, warum gegen Major von Hammerstein und gegen die anderen bei dieser Heldentat beteiligten Offiziere nicht schon längst das Verfahren wegen Freiheitsberaubung eingeleitet worden ist.

Korvettenkapitän Humann, Chef der Nachrichtenabteilung im Reichswehrministerium, ist durch den Major im bayerischen Generalstabe Giehrl ersetzt worden. Herr Humann wird uns unvergeßlich bleiben durch die Berichtigungen, mit denen er den „Vorwärts" in den Wochen vor dem Kapp-Putsche davon überzeugen wollte, daß unsere Meldungen über reaktionäre Umtriebe in der Reichswehr gänzlich unbegründet seien. Als Herr Human, der am 15. März als Vertreter — welcher Regierung? — in der Pressesitzung erschien, nach dieser Zeit sein Berichtigungshandwerk bei uns fortsetzen wollte, haben wir den weiteren Verkehr mit Herrn Human abgelehnt. Ob sein Nachfolger von größerem Wert ist, muß sich erst herausstellen. Der „Lokal-Anzeiger" stellt ihm das zweifelhafte Lob aus, daß er seine Nachrichtenstelle in München zu einem „erstklassigen Fahndungsinstrument" ausgebildet habe.

Ein Zeitungsverbot. Die „Kulmer Zeitung" ist auf drei Tage verboten worden, da sie bei Aufstellung der Wahlkreiseinteilung der Stadt die Straßennamen in der deutschen Bezeichnung gebracht hat.

Orchester- und Kammer-Musik.

Berliner Konzert-Umschau.

Wir sind in der Zeit der Mahler-Sehnsucht, die eine Sucht der Dirigenten und der hungrigen Menge ist. In Berlin keine Woche ohne große Aufmachung einer Riesen-Sinfonie. Das hochwürdige holländische Mahler-Fest, dem wir einen innigen Gruß senden, gerade weil die Not uns hinderte, teilzunehmen, ist in vollem Gang. Nun werden wir im Nachdenken des Mahlerschen Gesamtschaffens bald nachprüfen können, wie sehr dieser Orchester-Philosoph den geistigen Niederschlag seiner Zeit mit nervöser und doch fester Hand zwischen die gelockerten Stäbe des sinfonischen Satzes eingearbeitet hat; wie er, zerrissen und leidend, das Weh und den Seufzer der Kreatur, aber auch den lockenden Ruf der Natur, den revolutionären Trotz der Massen und die prophetische Stimme des Sehers an neuen Weisen nachgesungen hat. Werden erfüllen dürfen, ob das Problematische seines Werks, das Raffinement seiner Sprache, das schillernde Gewand seiner Bilder, die Ekstase seiner Stimmung getragen sind von dem unentwegten Zuspruch unserer Sinne, unseres Lebensgefühls. Ich bezweifle, ob uns eine Mahler-Propaganda in diesem Sinne heute schon Bedeutung gewinnen kann; gehört doch unser Herz noch allzu sehr seinem großen Gegenpol, dem Musikbeter Anton Bruckner.

Mehrowitz spielt die zweite, die Auferstehungs-Sinfonie. Den Empor-Schwung des Orchesters, die titanischen Bässe, die choralisch-düsteren Wege geleitet er mit kühner, mitreißender Hand und schwelgt in der Zartheit eines Wiener Walzers. Mehrowitz bleibt und wirkt am musikalischsten, wenn sein Meister nicht in die Gefilde artistischer Hexensabbate steigt. Das spricht für ihn; im Furioso des jüngsten Gerichts sind beide exstatisch, und die Musik entartet in Geschrei. Den Tanz und die Schlußszene der Salome verpflanzte Mehrowitz auf das Podium, dem es niemals dienen kann, um Frau Barbara Kemp brillieren zu lassen. Es gibt keine triebhaftere, faszinierendere, hitziger entflammte Gestalterin dieser Partie. Frau Kemp hielt sie durch ein maßlos aufgeregtes Orchester hindurch.

Vom Orchester zur Kammermusik — ein äußerster Sprung. Was dort als malerisches Füllsel eingeht, als Pedal verschwindet, als stützendes Gebälk nur trägt und nicht tönt, das bekommt im Streichquartett eigenste, klarste, spezifische Bedeutung. In einem Riesenteppich fallen ein paar Flecken, verzogene Fäden und hängende Fransen kaum auf; in einer subtilen Graphik mordet ein falsch gerichteter oder betonter Strich die gesamte Bildkraft. So im Streichquartett. Es ist für den Schaffenden wie für den Spieler die letzte Ausbeute an Feinarbeit, Kunstsinn, Geschmack und Beherrschung. Das Züricher Streichquartett stellt sich als Vereinigung tüchtigster Schweizer Musiker vor (Boer, Schroer, Essel, Reitz). Es sind bodenständige, feste Spieler, Fanatiker der Kraft und des Rhythmus, denen die Derbheit eines Allegro weit besser zu Gesichte steht, als die seelische Deutung eines Adagio, die mit stämmiger Wucht aufbauen, einer wie der andere, denen aber die Bindung der Einzelinstrumente weniger bedeutet. Ihrer Deutlichkeit und Heftigkeit steht als Gegensatz keine tiefe Inbrunst, keine Freude am Uebergang, keine Kunst der Pausen und Haltungen gegenüber. Ich möchte nicht Beethoven von ihnen spielen hören, nicht Schubert. Aber Schumann oder Brahms. Ein Quartett ihres Landsmannes Hegar zeigt technische Qualitäten, die Hand eines Könners, derden Klassikern nachstrebt, ohne eigene Färbung, auch ohne nationalen Einschlag.

*

Warum der treffliche Cellist Mossel zu den Dirigenten übergeht, bleibt unklar; daß er den Philharmonikern und uns die C-Moll-Sinfonie Beethovens erklären will, bedenklich. Er ist kein nachdrücklicher Führer und prägt nichts Eigenartiges im Detail. Es genügt doch wohl nicht, wenn alles klappt? So wurde Caroline Lankhout als philharmoniereife Interpretin des Schumannschen A-Moll-Konzerts die eigentliche Attraktion des Abends. Mossel ist immerhin noch ein Meister des Dirigierens gegenüber Max Modern, der einer göttlich zwischen Himmel und Erde schwebenden G-Moll-Sinfonie von Mozart ein sehr ernsthafter, tempoverkennender Ausdeuter werden will. Hat er sie nie gehört in der Staatsoper? Hier und da Licenzen — das geht hin. Aber das Wort und den Sinn sollte ihr in goldenen Lettern stehen lassen. An den Geigern seines Orchesters aber merkte man, daß Modern ein zielsicherer, guter Pädagoge ist; und die Interpretation des C-Moll-Konzerts von Beethoven durch eine Lafout-Schülerin konnte herzlich gerühmt werden. Auch in der Gesangsschule Erna-Maria Elsberg reifen unter sicherer Hut junge Kräfte heran, die, noch unfrei, den Kern zu künstlerischen Begabungen in sich tragen (Frl. Moldenhauer, Heynacher, Jacob). Draber brillierte unterstützend auf der Querflöte.

Dem Meineleschen Männerchor (Chormeister Weber-Buckholz) wünsche ich zu der Kraft und Energie seiner 50 Stimmen noch den Ausgleich der nicht-melodie führenden und stützenden Mittelwerte. Das Anschwellen darf nicht in solcher Heftigkeit nicht bis zu körperlicher Ueberanstrengung geführt werden; ein elementarer Schrei sollte Ausnahme und Effekt nicht Gewohnheit bleiben. Aber Rhythmik und Zusammenhalt ist in diesen Männern. Ein Uhlmannscher Chor, „Frühlingsstürme" von Schulten und „Jung Diethelen" von Wengert gelangen ausgezeichnet unter der festen Führung des Chormeisters. Das Trio Brandenburg, Koschate und Liebermann sorgte für Abwechslung, die aber in Beethovens op. 11 im großen Hochschulsaal blaß blieb.

Dr. Kurt Singer.

Mars gegen Thalia. Ein furchtbares Komplott gegen die Sicherheit der französischen Armee in jenem Teil Deutschlands, zu dessen Besatzung sie nicht einmal das Befehlbuch von Versailles ermächtigt, ist glücklicherweise rechtzeitig entdeckt worden, ehe größeres Unglück entstand. In Frankfurt, Offenbach und Hanau ward in ein Operettenkouplet eine Strophe eingefügt, durch die sich das französische Militär — und was mehr ist — die Schieber d'outre Rhin beleidigt fühlten. Und solches geschah selbst vor den allerhöchsten Ohren des Generals Dégoutte, den wir übrigens wegen des Besuchs einer hochfistischen Theatervorstellung dem besonderen Wohlwollen seines obersten Vorgesetzten Jean Foch empfehlen. Allein Herr Dégoutte wird um eine Entschuldigung nicht verlegen sein. Er braucht nur zu sagen, er sei ins Theater gegangen, um zu verhindern, daß der gute alte „Bettelstudent" etwa dieselben Folgen habe, wie vor bald 100 Jahren „Die Stumme von Portici", die bekanntlich mit ihren Liedern die heißblütigen Neapolitaner zur Vertreibung der fremden Garnison aufreizte. Nun, der Nebbelwoi ist kein Blutwein und Frankfurt ist nicht Neapel. Aber Dégoutte ist — sacrebleu! — kein Waschlappen. Er bestellte den Sänger in seine Loge zum Rapport, nicht um ihm die akademischen Palmen für Kunst und Literatur zu verleihen, sondern um ihm acht Tage aufzubrummen. Außerdem wurden die sämtlichen Komplottheater auf etliche Tage gesperrt. Armer Jacques Offenbach, du Mainzer Pariser, lebtest du heute — du kämst aus dem Cachot gar nicht mehr heraus.

*

Die Besatzungsbehörde hat das für das Frankfurter Opernhaus erlassene Spielverbot auf Vorstellungen des Oberbürgermeisters hin aufgehoben. Aber die blamable Tatsache bleibt doch bestehen, daß der französische Militarismus mit der Gewalt auch die Vornehmheit in Erbpacht genommen hat und nur kokettisch zu Werke geht. In Frankreich hat man früher von der Lächerlichkeit gesprochen, die tötet. Das mag für Zeiten gelten, da der Geist regiert. Aber vorläufig herrscht der Säbel, der Säbel. Die französischen Arbeiter spüren seine Segnungen so gut wie wir, und im Kampfe gegen dieses Kriegserbe folgen sie zugleich den Traditionen ihrer besten Geister, die über diese (vormals) preußischen Allüren nicht schlecht fratzen würden.

Gesamtverluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges. Eine genaue ziffernmäßige Darstellung über die Gesamtverluste des deutschen Heeres während des Weltkrieges ist von Amts wegen bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Die „Sozialhygienischen Mitteilungen" (Verlag der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung, Karlsruhe) veröffentlichen nun in ihrer Aprilnummer die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchungen, die der Sanitätsstatistiker Prof. Schwiening auf diesem Gebiete ausgeführt hat. Hiernach waren insgesamt über 10,0 Millionen Mann zum Kriegsdienst eingestellt. Von ihnen sind 13,8 Proz. gefallen und 1,4 Proz. an Krankheiten gestorben; 38,5 Proz. wurden verwundet, 6,1 Proz. waren vermißt. Bei einer Einteilung nach dem Dienstgrad ergibt sich, daß die Offiziere keine wesentlich geringeren Opfer gebracht haben, als die Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegenteil, ihre Todesfälle infolge Waffengewalt übertreffen die der Unterklassen um mehrere Prozent.

Ein Bühnenautorenbeirat ist nach Ansicht des Reichsministers des Innern zweckmäßiger als die von diesen Autoren in der kürzlich beim Reichspräsidenten gepflogenen Besprechung geforderte Vertretung im Reichswirtschaftsamt, dessen Beratungen zum weitaus größeren Teil die Angelegenheiten der Bühnenautoren nicht berühren. Ein Reichskulturamt, von dem in dem Bericht die Rede war, regte Minister Koch nicht an; ein Amt für alle Kulturfragen besteht bereits im Reichsministerium des Innern.

Das Neue Volkstheater, Köpenicker Straße 68, gewährt den organisierten Arbeitern für alle Vorstellungen und alle Plätze halbe Preise.

Groß-Berlin

Vorläufig Polizeistunde bis ½12 Uhr.

Polizeipräsident Genosse Richter für Verlängerung.

Durch eine am Montag erlassene Verordnung des Polizeipräsidenten von Berlin, Gen. Wilhelm Richter, ist die Polizeistunde für alle Kaffeehäuser und Gastwirtschaften Groß-Berlins auf ½12 Uhr nachts verlängert worden. Bisher war bekanntlich die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt, mit Ausnahme der Sonnabende, an dem die Lokale bis ½12 Uhr offen bleiben durften. Einem Mitglied unserer Redaktion gegenüber, der ihn über die Gründe dieser verhältnismäßig geringen Verlängerung befragte, äußerte sich Genosse Richter wie folgt:

„Ich persönlich bin allerdings für eine großzügigere Verlängerung der Polizeistunde, doch sind mir die Hände durch eine noch aus der Kriegszeit stammende Bundesratsverordnung gebunden, welche ½12 Uhr nachts als den äußersten Zeitpunkt bezeichnet, bis zu dem die Lokale offen bleiben dürfen. Mit der heutigen Verordnung bin ich also bis zur äußersten Grenze gegangen, die ich aus eigener Machtvollkommenheit festsetzen durfte. Indessen trete ich dafür ein, daß die betreffende Bundesratsverordnung aufgehoben werde."

„Wie ist eine solche Aufhebung zu erreichen?"

„Sie kann nur durch einen Reichsratsbeschluß aufgehoben werden und zwar bin ich als Polizeipräsident nicht befugt, an den Reichsrat mit einer solchen Anregung heranzutreten, sondern muß das dem preußischen Ministerium des Innern überlassen. Ich habe bereits letzterem nahegelegt, einen solchen Antrag zu stellen und hoffe, daß dies bald geschehen wird. Es sprechen viele Gründe für eine weitere Verlängerung der Polizeistunde und eigentlich keine gegen. Die moralischen Einwände, die während des Krieges gegen das sogenannte Nachtleben sprachen, haben jedenfalls zwanzig Monate nach Kriegsende nicht mehr dasselbe Gewicht wie früher. Und eine Moral, die dahin führt, daß nur das illegale Nachtleben in allerlei Nepplokalen blüht, zum Schaden der soliden Cafehausbesitzer und desjenigen Teils des Publikums der nicht alle Phantasiepreise sich leisten kann, die man in den illegalen Nachtlokalen fordert, erachte ich als höchst unmoralisch. Ferner darf man nicht vergessen, daß es eine ganze Anzahl von Berufskategorien gibt (Theaterpersonal, Zeitungsgewerbe usw.), die um die Entspannung des Besuches von Lokalen in den Abendstunden durch die eigene Arbeitszeit gebracht werden.

Was die wirtschaftlichen Gründe anbelangt, die man gegen eine Verlängerung der Polizeistunde geltend zu machen pflegt, so glaube ich, daß auch diese Gründe kaum stichhaltig sind. Erstens liegt es auf der Hand, daß 50 Personen, die abends im selben Lokal zusammensaßen, weniger Licht verbrauchen würden, als wenn sie während dieser gleichen Zeit in ihren einzelnen Wohnungen sitzen. Aber abgesehen davon, würden sich etwaige Einwände des Reichskohlenkommissars durch folgenden Vorschlag beseitigen lassen: Den einzelnen Lokalbesitzern würde anheimgestellt werden, ihre Lokale — sagen wir bis 1 Uhr nachts offen zu halten unter der Bedingung, daß sie auf keinen Fall mehr Strom verbrauchen, als sie es bisher mit dem 11-Uhr-Schluß getan haben. Man würde ihnen sagen: soundso viel Kilowattstunden habt ihr bisher verbraucht, ihr dürft jetzt bis 1 Uhr offen bleiben, müßt euch aber so einrichten, daß ihr künftig auch nicht mehr verbraucht als bisher. Gegen einen solchen Vorschlag, der streng auf der bisherigen Rationierung beruhen würde, glaube ich, daß selbst der Reichskohlenkommissar keine stichhaltigen Einwände zu erheben vermöchte."

Der neue Hochbahntarif.

Die kommende Beschlußfassung über den Straßenbahntarif.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin stimmte in seiner gestrigen Sitzung den Tariferhöhungen bei der Hochbahn und den nicht dem Verband gehörenden Straßenbahnen zu. Der Tarif der Hochbahn wird in der 3. Klasse auf 60 Pf. für die erste Zone von 5 Stationen und auf 75 Pf. für die ganze Strecke, in der 2. Klasse auf 70 und 90 Pf. erhöht; dementsprechend wird auch der Fahrpreis auf der Flachbahn Warschauer Brücke—Lichtenberg heraufgesetzt. Die Verbandsversammlung Groß-Berlin, die endgültig zu den Tariferhöhungen bei der Großen Berliner Straßenbahn nach den Vorschlägen des Aufsichtsrats Stellung nimmt, wird zu einer Sitzung auf Montag, 17. d. Mts. einberufen werden. Ihr werden ausführliche Vorlagen und Untersuchungen über die Frage Staffeltarif oder Einheitstarif und die weiteren Tariferhöhungen unterbreitet.

Der Aufsichtsrat der Großen Berliner hat sich, wie gemeldet, am Sonnabend kühn über den mitgeteilten Beschluß der Großen Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hinweggesetzt, daß ein Fahrpreis von 60 Pf. nicht überschritten werden darf. Der Aufsichtsrat, der anscheinend nicht imstande ist, auf wirklich durchgreifende Maßnahmen zur erhöhten Produktivität des Unternehmens zu dringen, macht sich durch diesen Beschluß einer Sabotage der Großen Berliner schuldig. Es ist nicht anzunehmen, daß die Aufsichtsratsmitglieder selbst so kurzsichtig sind, um dieses nicht auch zu erkennen, um so unverständlicher ist dieser verkehrsfeindliche Beschluß. Es besteht doch die Tatsache, daß seit Monaten, solange die Straßenbahn sich in der bedrängtesten Lage befindet, nichts, aber auch gar nichts getan oder versucht wurde, um dem Uebel abzuhelfen. Periodische Tariferhöhungen, wozu es wirklich keines komplizierten Beratungsapparates bedurfte, waren der Weisheit letzter Schluß. Alle Vorschläge verhallten, selbst angesichts des Umstandes, daß in letzter Zeit ein bedeutender Frequenzrückgang zu verzeichnen war. Die Frage, was die beschlußfassende Verbandsversammlung am Montag zu tun gedenkt, erübrigt sich. Jedenfalls wird sie gar nichts tun und gewohntermaßen zustimmen.

Die Einheitsgemeinde wird bei ihrem Inkrafttreten aller Voraussicht nach ein völlig heruntergewirtschaftetes Unternehmen vorfinden und es muß dann ihre Aufgabe sein, das Unternehmen auf einer neuen ersprießlichen Grundlage aufzubauen. Die angeregte Schaffung eines Verkehrsamtes wäre dabei nicht von der Hand zu weisen.

•

In Spandau soll der Fahrpreis der Straßenbahn für die ganze Strecke Neukölln-Spandau im Anschlußbetrieb nur 70 Pf. betragen, während er bisher etwas höher war, als der Einheitsfahrpreis. Die Cöpenicker Straßenbahn erhöht ihren Fahrpreis von 40 auf 50 Pf., ist damit also die billigste Straßenbahn Groß-Berlins.

Bezirksverband Groß-Berlin (S. P. D.).

Heute, abends 7 Uhr:

7 öffentliche Wählerversammlungen.

„Patenhofer Brauerei", Turmstraße (Ecke Stromstraße); „Pharussäle", Müllerstr. 142; „Haberlands Festsäle", Neue Friedrichstr. 35; „Brauerei Königstadt", Schönhauser Allee 11/12; „Königsbank", Gr. Frankfurter Str. 117; „Andreas-Festsäle", Andreasstr. 21; „Patenhofer Brauerei", Fidicinstr. 23.

Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Reichstagswahl und Sozialdemokratie".

Referenten: Gertrud Hanna, Kurt Heinig, Ernst Heilmann, Gustav Heller, Maria Hoppe, Hermann Lüdemann, Albert Ritter, Friedrich Schlegel, Alfred Striemer.

Begabungsprüfungen.

In Berlin finden, wie der Magistrat bekannt gibt, nächstens wieder Prüfungen von Schulkindern zur Aufnahme in sogenannten „Begabtenschulen" und zur Auswahl eines geeigneten Berufes statt.

Geprüft werden Gemeindeschüler aus Klasse IM und Gemeindeschülerinnen aus Klasse IIM, die Michaelis 1920 in die Förderklassen des Köllnischen Gymnasiums und der Kämpf-Realschule bzw. der städtischen Mädchen-Mittelschulen aufgenommen werden sollen. Die Förderklassen des Köllnischen Gymnasiums teilen sich in eine gymnasiale Abteilung mit Griechisch und eine realgymnasiale Abteilung mit Englisch. Der Lehrgang dauert sechs Jahre bis zur Reifeprüfung, wonach Uebergang zur Universität erfolgen kann. Die Kämpf-Realschule entläßt nach dreijährigem Lehrgang ihre Schüler mit einem Zeugnis, das dem früheren Einjährigen-Zeugnis entspricht. Sie können dann einen Beruf ergreifen oder in eine Oberrealschule eintreten, die in weiteren drei Jahren zur Technischen Hochschule oder zur Universität vorbereitet. Das jährliche Schulgeld beträgt im Köllnischen Gymnasium 240 M., in der Kämpf-Realschule 120 M., in den Mädchen-Mittelschulen 120 M. Bedürftige erhalten Schulgeldbefreiung und Lernmittel. Bei besonderer Bedürftigkeit kann vom zweiten Jahr ab eine Unterhaltsbeihilfe von 300 M. pro Jahr gewährt werden.

Zur Unterstützung bei der Berufswahl werden die künstlerischen oder technischen Fähigkeiten der im Zeichnen oder in Handfertigkeit hochbegabten Schüler und Schülerinnen aller Schulen (auch der höheren) geprüft, soweit sie Michaelis 1920 abgehen. Bei der Prüfung technischer Begabung wird namentlich an Eignung zu qualifizierter Handarbeit im Metallgewerbe oder in verwandten Gewerben gedacht. Jeder Prüfling kann sich an beiden Prüfungen beteiligen.

Gesuche um Zulassung zu den Prüfungen für die Förderklassen oder für einen Beruf sind von den Eltern umgehend durch Vermittelung des Rektors oder Direktors an die „Deputation für die äußeren Angelegenheiten der städtischen höheren Lehranstalten" zu richten.

Die Kandidatenliste für Berlin enthält einige Druckfehler. So muß nicht Arthur, sondern Dr. Alfred Striemer und statt Rüdiger Liesbeth Riedger heißen.

Der „Brennkalender" für die Berliner Straßenbeleuchtung ist vom Berliner Magistrat neu aufgestellt worden. Für jeden Tag im Jahr werden darin Anfang und Ende des Beleuchtungsbetriebes vorgeschrieben. Am längsten dauert die Straßenbeleuchtung in der letzten Woche des Dezember und in der ersten Woche des Januar. Sie beginnt da schon abends um ½5 und endet morgens erst um ½8 nach einer Dauer von 15 Stunden. Die kürzeste Beleuchtungsdauer von rund 5½ Stunden haben wir in den letzten Tagen des Juni. Dann werden die Straßenlaternen erst abends um ¾10 angezündet und morgens schon um ½3 ausgelöscht. Das ganze Jahr hat 8755¾ Brennstunden. Davon entfallen z. B. auf Dezember 456½ und auf Januar 445¾, andererseits auf Juni nur 173¼ und auf Juli 196.

Quäkerspeisung für werdende und stillende Mütter. Am Montag, den 17. d. Mts. soll die Quäkerspeisung auf werdende (nur im 7. bis 9. Monat) und stillende Mütter ausgedehnt werden. Nach den Vorschriften, die von den Quäkern gegeben worden sind, kommen nur unterernährte Personen für die Speisung in Frage, deren Gesundheitszustand durch ärztliches Attest glaubhaft gemacht wird. Schriftliche Anmeldungen sind spätestens bis zum Donnerstag, den 13. d. Mts., an die Küche Bergstraße 55, wo voraussichtlich auch die Speisung stattfindet, einzureichen.

Ungetreue Gepäckbeamte auf Bahnhof Charlottenburg. Nicht weniger als 13 Bedienstete der Gepäckabfertigung Charlottenburg wurden durch die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin sistiert; sie werden beschuldigt, in einer ganzen Reihe von Fällen sich der Unterschlagung von Expreßgütern und Beraubungen von Gepäckstücken schuldig gemacht zu haben. Nach dem Ergebnis der bisher noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen sind an diesen umfangreichen Veruntreuungen nicht weniger als 9 Dienstanfänger beteiligt, die ihre Stellung als Aufsichtsbeamte mißbrauchten, um mit Gepäckarbeitern in raffinierteste Weise angelegte Verschiebungen und Beraubungen ins Werk zu setzen. Von den veruntreuten Gütern wurden bisher wieder herbeigeschafft: 4 Bahnkisten Zigaretten, mehrere Ballen Stoff, außerdem wurden durch Haussuchungen bei den Hehlern weitere fünf Stoffballen beschlagnahmt, insgesamt Gegenstände im Werte von mehr als 100 000 Mark. Die zum Teil recht jugendlichen Täter, die das auf unrechtmäßige Weise erworbene Geld mit Lebedamen verpraßten und in einer Nacht Zechen bis zu 8500 M. machten, sind mehr oder weniger durch gewissenlose Hehler zu ihrem strafbaren Tun verleitet. Als Hehler wurden bereits eine Reihe von Personen, wie ein Kaufmann Ehrlich und ein Kaufmann Jutzemla, beide in Berlin, ermittelt.

Ueber Höchstmietenverordnung und Mietssteuer spricht Rechtsanwalt Dr. Engel, der Syndikus der Ortsgruppe Schöneberg des Mieterverbandes Groß-Berlin, am Mittwoch, den 12., in der im Helmholtz-Real-

---

26]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Jetzt kam ich mit dem heraus, was gesagt werden mußte. „Bei der Inhaftnahme von Inger Sellanraa sind Fehler gemacht worden." — „Fehler?" — „Zum ersten hätte sie in dem Zustand, in dem sie war, gar nicht transportiert werden dürfen." — Der Direktor sah mich scharf an. „Das ist richtig," sagte er dann. „Aber das ist nicht unsere Sache hier im Gefängnis." — „Zum zweiten," fuhr ich fort, „hätte sie nicht zwei Monate lang in vollem Gewahrsam sein dürfen, bis ihr Zustand der Behörde hier am Gefängnis offenbar wurde." — Das saß. Der Direktor schwieg lange. „Haben Sie Vollmacht, für die Frau zu handeln?" fragte er. — „Ja," sagte ich. — „Wie gesagt, wir sind hier zufrieden mit Inger, und behandeln sie auch danach," schwatzte der Direktor, und wieder rechnete er her, was Inger alles gelernt habe, ja, sie hätten sie auch schreiben gelehrt, sagte er. Und die kleine Tochter hätten sie bei jemand gut untergebracht und so weiter. — Ich erklärte ihm, wie die Verhältnisse in Ingers Heim seien: da auch zwei kleine Kinder, gemietete Hilfe, um sie zu versorgen und so weiter. „Ich habe eine Darlegung von ihrem Manne," sagte ich, „die kann beigelegt werden, ob der Fall nun wieder aufgenommen werden soll oder ob man für die Frau um Begnadigung einkommen will." — „Lassen Sie mich diese Darlegung sehen," sagte der Direktor. — „Ich werde sie Ihnen morgen in der Besuchszeit bringen," versetzte ich.

Isak hörte aufmerksam zu, das war ergreifend, wie ein Märchen aus fremden Landen klang es. Unverwandt hingen seine Augen an Geißlers Mund.

Geißler erzählte weiter. „Ich ging zurück ins Gasthaus und setzte eine Darlegung auf, ich machte die Sache zu der meinigen und unterschrieb Isak Sellanraa. Aber du mußt ja nicht glauben, ich hätte ein Wort davon verlauten lassen, daß im Gefängnis etwas Unrichtiges gemacht worden sei. Keine Silbe davon! Rührte nicht daran. Und am nächsten Tage brachte ich das Dokument hin. — „Bitte setzen Sie sich!" sagte der Direktor sofort. Er las meine Darlegung, nickte ab und zu, schließlich sagte er: „Ausgezeichnet. Sie genügt zwar nicht zur Wiederaufnahme des Falles, aber . . ." — „Doch, mit einer Beilage, die ich hier auch habe," sagte ich, und ich traf da wieder recht gut. Der Direktor beeilte sich zu sagen: „Ich habe mir die Sache seit gestern überlegt und finde gute Gründe dafür, ein Gesuch um Begnadigung für Inger einzureichen." — „Das Sie im gegebenen Fall unterstützen werden, Herr Direktor?" fragte ich. — „Ich werde es befürworten, es warm befürworten." — Da verneigte ich mich und sagte: „Dann ist die Begnadigung sicher. Ich danke Ihnen im Namen eines unglücklichen Mannes und eines verlassenen Hauses." — „Ich glaube nicht, daß wir weitere Auskunft aus Ihrem Heimatort einzuholn brauchen," sagte der Direktor, „Sie kennen sie ja?" — Ich erriet wohl, warum die Sache, sozusagen, in aller Stille abgemacht werden sollte, und erwiderte: „Die Auskunft von daheim würde die Sache nur in die Länge ziehen."

Da hast du die ganze Geschichte, Isak." — Geißler sah auf seine Uhr. „Und nun zu der Sache selbst! Kannst du mich noch einmal nach dem Kupferberg begleiten?"

Isak war ein Stein und ein Klotz, er konnte nicht so augenblicklich von einem zum andern überspringen. Aufs höchste verwundert und in tiefe Gedanken versunken, saß er da; dann stellte er noch allerlei Fragen. Er erfuhr, daß das Gesuch an den König abgegangen war und in einer der ersten Sitzungen des Staatsrats entschieden werden konnte! „Wunderbar!" sagte er.

Sie gingen auf den Berg, Geißler, sein Begleiter und Isak, und sie blieben ein paar Stunden weg. In dieser kurzen Zeit verfolgte Geißler den Lauf der Kupferader über einen langen Berg hin und steckte die Grenzen für den Bereich ab, den er kaufen wollte. Wie ein Wiesel lief er. Aber dumm war der Mann nicht, sein rasches Urteil war merkwürdig sicher.

Als er auf den Hof zurückkam — mit einem Sack voll neuer Gesteinsproben — bat er um Feder und Tinte und Papier und setzte sich zum Schreiben hin. Aber er schrieb nicht immerfort eilig, sondern plauderte auch dazwischen: „Ja, Isak, große Summen bekommst du diesmal nicht für deinen Berg, aber ein paar hundert Taler kannst du haben!" Dann schrieb er wieder. „Vergiß nicht, mich daran zu erinnern, daß ich auch noch deine Mühle ansehen will, ehe ich gehe," sagte er. Dann fielen ihm einige rote und blaue Striche an dem Webstuhl auf, und er sagte: „Wer hat das gezeichnet?" — Ei sieh, Eleseus hatte ein Pferd und einen Bock gezeichnet, er versuchte sich mit seinem dunken Bleistift auf dem Webstuhl und anderem Holzwerk, weil er kein Papier hatte. Geißler sagte: „Das ist gar nicht schlecht gemacht," und schenkte Eleseus eine Mark.

Wieder schrieb Geißler eine Weile, dann sagte er: „Es werden jetzt wohl bald mehrere neue Ansiedler durchs Oedland hier heraufkommen!" — Sein Begleiter fiel ein: „Sie sind schon gekommen." — „Wer denn?" — „Vorerst ist da Breidablick, wie sie es nennen, der Brede auf Breidablick drunten." — „Ach der!" hohnlächelte Geißler. — „Jawohl, und dann haben noch ein paar andere Grund und Boden gekauft." — „Wenn sie nur etwas taugen," sagte Geißler. Und da er in demselben Augenblick entdeckte, daß zwei kleine Jungen in der Stube waren, zog er Klein-Sivert zu sich heran und gab auch ihm eine Mark. Ein merkwürdiger Mann, dieser Geißler! Jetzt waren übrigens seine Augen wie etwas entzündet, die Ränder waren wie von rotem Reif umgeben. Das konnte von Nachtwachen kommen, manchmal kommt aber so etwas auch von starken Getränken. Aber er machte nicht den Eindruck, als gehe es bergab mit ihm; während er so über alles mögliche schwatzte, dachte er gewiß die ganze Zeit an das Dokument vor sich, denn plötzlich ergriff er rasch die Feder wieder und schrieb ein Stück weiter.

Jetzt schien er fertig zu sein.

Er wendete sich an Isak. „Ja, wie gesagt, ein reicher Mann wirst du nicht bei diesem Geschäft. Aber es kann später noch mehr werden. Wir wollen es so aufsetzen, daß du später mehr bekommst. Zweihundert kannst du jedoch jetzt gleich haben."

Isak verstand nicht viel vom Ganzen, aber zweihundert Taler, das war jedenfalls wieder ein Wunder und eine großartige Bezahlung. Er wollte sie nur auf dem Papier haben, natürlich nicht bar, aber es war ihm auch so recht, er hatte ganz anderes im Kopf und fragte: „Und Ihr glaubt, daß sie begnadigt wird?" — „Deine Frau? Wenn ein Telegraph im Dorf wäre, dann würde ich in Drontheim anfragen, ob sie nicht schon frei ist," antwortete Geißler. — Isak hatte wohl vom Telegraphen reden hören; das war etwas Merkwürdiges, ein Draht auf hohen Stangen, etwas Ueberirdisches — jetzt schlich sich fast etwas wie Mißtrauen gegen Geißlers große Worte in sein Herz, und er wendete ein: „Aber wenn es der König abschlägt?" — „In dem Fall schicke ich meine Beilage zu der Darlegung ein, die alles enthält, und dann muß deine Frau frei werden. Zweifle nicht daran!"

(Forts. folgt.)

gymnasium, Rudensstraße (Friedenauer Ortsteil); abends 8 Uhr stattfindenden großen öffentlichen Mieterversammlung.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Mittwoch, den 12. Mai, 7½ Uhr, in der Aula des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums, Charlottenburg, Cauerstraße 37 (an der Berliner Straße): Oeffentliche Versammlung. Thema: „Der bedrohte Frieden", Referent: Pfarrer Bleier; „Heiliger Krieg und Pazifismus im Islam", Referent: Dr. Edin Hamdum.

Zu den Volkskammermusikabenden der Kammermusik-Vereinigung des Blüthner-Orchesters am 14. Mai: Brauerei Königstadt, 20. Mai: Brauerei Königstadt, 26. Mai: Brauerei Happold, sind noch Eintrittskarten à 1 M. in der Buchhandlung „Vorwärts" und auf dem Orchesterbureau, Lützowstr. 76, zu haben.

Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm den Bericht eines vor längerer Zeit eingesetzten Untersuchungsausschusses entgegen, der die gegen die Kohlenstelle Schöneberg erhobene Beschuldigung vorgekommener Unregelmäßigkeiten sehr eingehend an Hand von Akten und Zeugenaussagen geprüft hat. Es habe sich ergeben, daß der Bureauleiter sich unerlaubter Annahme von Geldern schuldig gemacht hat; auch sei gegen ihn unter der Beschuldigung des Kettenhandels und Wuchers ein Strafverfahren eingeleitet worden. Im übrigen sei die Geschäftsführung der Kohlenstelle ordnungsmäßig gewesen, und den andern Beamten, Angestellten und Hilfskräften sowie dem Magistrat und seinem früheren Dezernenten sei kein Vorwurf zu machen. Eine Debatte fand nicht statt.

Die erst vor kurzem erhöhten Friedhofsgebühren wurden wegen weiterer Steigerung der Löhne und Preise aufs neue erhöht. Auch so erfordern die Friedhöfe im Jahr noch 127 500 M. Zuschuß. — Drei von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anträge betrafen das Schulwesen. Der Antrag, der für den Friedenauer Ortsteil eine Hilfsschulklasse an der 8. Volksschule forderte, wurde abgelehnt. Zu einer Debatte über den ungenügenden Ernährungszustand vieler Kinder kam es bei dem Antrag, der eine Erweiterung der Schulspeisung forderte. Stadtrat Rabnow teilte mit, daß jetzt von 11 000 Volksschulkindern schon zirka 5500 an öffentlichen Speisungen teilnehmen. Den Quäkern, die Speisung für 2450 dieser Kinder gewähren, sprach er wärmsten Dank für ihre Hilfe aus. Der Antrag wurde angenommen. Der dritte Schulantrag unserer Genossen forderte für die nicht am konfessionellen Unterricht teilnehmenden Kinder religionsgeschichtlichen Unterricht. In der Begründung führte Albrecht (Soz.) aus, daß auch die Sozialdemokratie die Religion als Kulturfaktor anerkenne. Gegen den Antrag wurde von den bürgerlichen Fraktionen, auch von der demokratischen, eingewendet, daß er „verfassungswidrig" sei. Er wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag der Unabhängigen, den Religionsunterricht auf die letzte Vormittagsstunde zu verlegen. — Die in einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion empfohlene Anfertigung der Wählerlisten durch Erwerbslose wurde vom Magistratsvertreter als unausführbar bezeichnet. Die Arbeit sei dringend und müsse durch Ueberstunden der Beamten und Angestellten bewältigt werden. Für den Antrag fand sich aber eine zustimmende Mehrheit.

Eine nochmalige Debatte über den 1. Mai knüpfte sich an den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den durch die Arbeitsruhe verursachten Lohnausfall den Arbeitern durch Lohnzahlung zu ersetzen. Er wurde mit 29 Stimmen aller bürgerlichen Fraktionen gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

Friedrichsfelde. Die Wählerlisten liegen bis zum 16. Mai werktäglich von 8–2½ Uhr und Sonn- und Feiertags von 9–1 Uhr in der Einwohnermeldestelle, Wilhelmstr. 20a, öffentlich zur Einsicht aus. Wer verhindert ist, die Wählerliste selbst einzusehen, möge dies durch die Genossen Haberland, Wilhelmstr. 38, Marigel, Berliner Str. 73a, oder Salomon, Walderseestr. 71, besorgen lassen.

Neukölln. Die Jugendpflege im städtischen Jugendamt. Mit dem 1. April ist im städtischen Jugendamt Neukölln die Abteilung „Jugendpflege" gegründet worden, welcher die städtischen Kindergärten, Kinderhorte, Ferien- und Jugendspiele, Schülerwanderungen und Sport-, Spiel- und Bildungsveranstaltungen für die schulentlassene Jugend unterstehen. Um nun allen Neuköllner Jugendvereinen oder Jugendpflege treibenden Vereinen die Möglichkeit zu geben, sich dem Jugendamt anschließen zu können, soll umgehend ein neuer Ortsausschuß gebildet werden, welcher aus den verschiedenen Vereinen, der Mitgliederzahl entsprechend, gebildet wird. Dieser Ortsausschuß entsendet dann Vertreter in den städtischen Ausschuß für Jugendpflege, welcher über Verteilung der städtischen und staatlichen Mittel, Verteilung der Jugendheime usw. beschließt. Vereine, welche diesem Ortsausschuß beizutreten wünschen, erhalten die Satzungen im Jugendamt der Stadt Neukölln, Abteilung Jugendpflege, Rathaus, Zimmer 228.

Britz. Die Gemeindevertretersitzung beschloß nach dem Antrage der Gemeinde Selchow diese an das hiesige Mieteinigungsamt anzuschließen. Eine Hundesteuerordnung nach Berliner Muster wurde beschlossen. Dem Schiedsspruch folgend sollen an die Gemeindearbeiter Vorschüsse auf die zu erwartende Lohnaufbesserung gezahlt werden, desgleichen für die Angestellten. Einem vom Gemeindevorstand eingebrachten Antrag, den Beamten die Teuerungszulagen auf 2400 bzw. 1650 M. zu erhöhen, wird zugestimmt. Diese Beträge sollen in Anrechnung gebracht werden, falls die zentrale Regelung etwas anderes vorsehen sollte. Die gleichen Sätze gelten für die Lehrpersonen an den höheren Schulen. Für die Einrichtung des Haushaltungsunterrichts werden 50 000 M., für die Anschaffung von Unterrichtsmaterial für den Physikunterricht 15 000 M. und für Werkzeuge für den Handfertigkeitsunterricht 5000 M. bewilligt. Als Vertreter des Jugendamts begründet Genosse Hoffmann einen Antrag, für den Ausbau der Jugendbücherei 2000 M. zu bewilligen. Der Gemeindevorstand hat diesem Antrage hinzugefügt, auch für die Volksbücherei 2000 M. auszuwerfen. Beiden Anträgen wird zugestimmt. Das Mieteinigungsamt soll durch zwei Beisitzer verstärkt werden. Einem vom Genossen Gutschmidt begründeten Vertrage mit dem Wohnungsverband, wonach die Gemeinde die Verwaltung der auf Britzer Gelände vom Wohnungsamt errichteten Holzhäuser übernimmt, wird zugestimmt.

Lichtenberg. Städtische Rechtsauskunftsstelle. Dem vielseitigen Verlangen nach Einrichtung einer städtischen Rechtsauskunftsstelle sind die städtischen Körperschaften nunmehr nachgekommen. Die soeben eröffnete Auskunftei befindet sich im Erdgeschoß des Stadthauses, Türrschmidtstr. 24, und steht allen Lichtenberger Einwohnern kostenlos zur Verfügung. Sie ist geöffnet Montags, Mittwochs, Donnerstags nachmittags von 4–7 Uhr, Dienstags, Freitags, Sonnabends vormittags von 10–12 Uhr. Die Inanspruchnahme der neuen Einrichtung wird der Einwohnerschaft empfohlen.

Der Neubau für das Arbeitsamt in Lichtenberg. Die Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg hat, wie bereits gemeldet, die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes beschlossen. Im Einverständnis mit dem städtischen Arbeitsamt ist als Bauplatz für das zu errichtende Bureaugebäude das städtische Grundstück an der Schreiberhauer Straße in der Nähe des Bahnhofs Stralau-Rummelsburg in Aussicht genommen. Nach einem Entwurfe des Hochbauamts ist für den geplanten Bau mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der Baustoffbeschaffung die Ausführung in Holzfachwerk vorgesehen.

Pankow. Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde gelegentlich der Beratung über Zulassung je eines Vertreters des Mieterverbandes und des organisierten Hausbesitzes zur Wohnungskommission zum Ausdruck gebracht, daß angesichts der großen Wohnungsnot mehr soziales Empfinden bei Hergabe von noch zur Verfügung stehenden Wohnräumen betätigt werden muß, wenn hier nicht zwangsweise eingegriffen werden soll, was durch Zwangseinquartierung beabsichtigt ist. — Der gemeinsame Antrag der S. P. D. und U. S. P., den 1. Mai für die Gemeinde als Feiertag zu erklären, wurde von demokratischer Seite als einseitig parteipolitisch bezeichnet und bekämpft und mit den Stimmen der beiden sozialistischen Gruppen angenommen, des weiteren mit derselben Mehrheit beschlossen, am 1. Mai auf dem Rathause die rote Fahne zu hissen — was zum Schrecken aller „wohlgesinnten Bürger" denn auch geschehen ist. — Zu ausgedehnten Auseinandersetzungen zwischen Bürgerlichen und Sozialisten führte der Bericht des Untersuchungsausschusses über etwaige Verfehlungen von Beamten und Lehrern während des Kapp-Putsches. Resultat dieser Untersuchung ist die auch durch die Vertretung beschlossene Weitergabe eines Antrages auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen Oberlehrer am Realgymnasium. Recht interessant war die Stellungnahme der Lehrerschaft zum Untersuchungsausschuß. Während die Beamten der Bitte, vor dem Ausschuß zu erscheinen, bereitwilligst folgten, lehnte die Lehrerschaft in ihrer Mehrheit und durch ihre Vertretung dies in Form einer Entschließung brüsk ab mit dem Bemerken, daß sie sich weder einem Ausschuß, noch dem Gemeindevorstand, noch der Schuldeputation, sondern lediglich der vorgesetzten Schulbehörde stellen würde. Die sozialistische Mehrheit der Vertretung läßt keinen Zweifel darüber, daß die Lehrerschaft zwar formal im Recht sei, daß aber das Verhalten der Beamtenschaft auch für die Lehrerschaft das klügere gewesen wäre.

Tegel. Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag der U. S. P. verhandelt, der einen Antrag der Erwerbslosen unterstützt, die eine Beihilfe zur Anschaffung von Bekleidungsstücken fordern. Die Dringlichkeit wurde verneint und der Antrag dem Fürsorgeausschuß überwiesen. Der Etat schließt ab mit 17 130 000 M. oder 900 000 M. mehr als im Vorjahre. Die Unabhängigen erklärten, den Etat abzulehnen. Der Etat wurde angenommen, nachdem der Bürgermeister noch einige Erläuterungen gegeben hatte. Die Entschädigung der Hilfslehrkräfte wird neu geregelt. Der Schaffung eines Ortsschutzes wurde zugestimmt und der Gemeindevorstand beauftragt, mit den Organisationen der Sache näherzutreten. An die Beamten, Angestellten und Lehrer wird ein Gehaltsvorschuß von 1000 M. gewährt, an Ledige 750 M., für jedes Kind 75 M., die auf Monatsgehalt Angestellten ein Monatsgehalt. Für die Kinderspeisung durch die amerikanische Gesellschaft der Freunde werden die Generalunkosten von der Gemeinde getragen. Gespeist werden 685 Kinder, vom 8. Mai ab 1290 Kinder. Für die Notstandsarbeiten werden 85 000 M. nachbewilligt. Als Teuerungszulage für die Gemeindearbeiter werden 215 M. für jedes Kind 85 M., für Unverheiratete 200 M. bewilligt pro Monat bis zur Regelung des tariflichen Verhältnisses. Für April sind die Gelder gezahlt. Die Gas- und Elektrizitätspreise müssen erhöht werden, und zwar auf 1,15 M. für Gas und für Elektrizität auf 1,20 M.; die Einwohner mit einem Einkommen bis 5000 M. sollen nur 80 Pf. bezahlen für Gas. Für die Leichenhalle wird elektrische Beleuchtung bewilligt, da die Lichte und andere Sachen gestohlen worden sind. Schöffe Bayermann (U. S. P.) gab zum Schluß noch einen Bericht über die Lebensmittellage in der Gemeinde.

Mariendorf-Südende. Gemeindevertretung. Dem Antrage des Arbeiterausschusses auf Bewilligung von Zehrgeldern an diejenigen Gemeindearbeiter und Kutscher, welche auf ihren Fahrten außerhalb Mariendorfs gezwungen sind, das Mittagsmahl unterwegs einzunehmen, wird zugestimmt. Bei der Vergebung von Schulräumen an Vereine sollen den Schuldienern dieselben Sätze vergütet werden, welche in Berlin gezahlt werden. Dem Antrage der Freien Turnerschaft auf Ueberlassung einer Bude bzw. Baumaterial dazu wird stattgegeben; bei dieser Gelegenheit macht Genosse Waldheim bekannt, daß an der Britzer—Rixdorfer Straße am Volksparkgelände die Errichtung von Sport- und Spielplätzen in Angriff genommen werden soll. — Auf Antrag des Wirtschaftsamtes soll der Preis für das Essen aus der Volksküche von 70 Pf. auf 1 M. erhöht werden; Genosse Huhn als Berichterstatter zu diesem Punkt macht die Mitteilung, daß der Herstellungspreis des Essens eine derartige Heraufsetzung bedingt. Zugestimmt wird dem Antrage auf Heraufsetzung der Hundesteuer nach den Berliner Sätzen. — Die Gemeindevertretung hatte am 8. 4. d. Js. einem Antrage zugestimmt, worin die Regierung aufgefordert wird, die Entwaffnung der Truppen anläßlich des Kapp-Putsches vorzunehmen und die Auflösung der Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren in die Wege zu leiten; diesen Antrag hat der Landrat des Kreises Teltow v. Achenbach nicht weitergegeben mit der Begründung, daß die Angelegenheit nicht zu den Befugnissen der Gemeinde gehört. Küter (U. S. P.) und Genosse Deinert protestierten in scharfen Worten gegen eine Bevormundung der Gemeindevertretung seitens des Herrn Landrats. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, über diese Handlungsweise des Landrats Beschwerde einzureichen. — Für die wahlfreien Sonderlehrgänge an der Fortbildungsschule werden 9500 M. bewilligt. — Eine längere und teilweise heftige Debatte zeitigte der Antrag der Unabhängigen auf Errichtung eines Jugendamtes. Die Vorlage wird durch den Schöffen Günther begründet. Stübner (Dem.) und Genosse Deinert sind im Prinzip mit dem Antrage einverstanden, nur die ganze Aufstellung und die Kostenberechnung finden nicht die Zustimmung der beiden Redner. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahingehend, daß die Errichtung eines Jugendamtes von allen Parteien gutgeheißen wird. Ueber die Deckungsfrage soll der Etat- und Finanzausschuß nochmals beraten. Dem Dezernenten werden vorläufig 50 000 M. zur Verfügung gestellt, um dringende Anschaffungen baldigst vornehmen zu können. Genosse Gerlach begründet einen Antrag betreffend die Elternbeiratswahlen, die nach den Reichstagswahlen vorgenommen werden sollen.

Niederschöneweide. Gemeindevertretersitzung. Große Schwierigkeit bereitete die Aufstellung des Haushaltsplans. Die Beratung wurde auf Antrag unserer Genossen zurückgestellt, da die Gemeindevertreter das Material zu spät erhalten haben. Die Festsetzung der Ortskanalisationsgebühr für 1920 wurde angenommen. Die gewerblichen Betriebe sollen dreimal so stark als der Hausbesitz herangezogen werden. Die Milchlieferung für bedürftige Kinder durch die Heilsarmee wurde dankend anerkannt und ein Beitrag von 3000 M. dafür bewilligt. Ebenso wurde die in Aussicht genommene Schulspeisung der Quäker dankend anerkannt und ein Beitrag von 20 000 M. dazu bewilligt. Die Speisung beginnt voraussichtlich in diesen Tagen. Der Einrichtung von Räumen für eine Hilfsschule im früheren Altdeutschen Wirtshaus wurde zugestimmt. Bei Ueberlassung eines Bauplatzes an den Bund der Ueberkonfessionellen entstand eine längere Debatte. Der Antrag wurde zurückgestellt. Eine Gemeindebibliothek ist eingerichtet, für Beschaffung von neuen Büchern, Zeitungen, Zeitschriften usw. wurden 4000 M. bewilligt. Zeitungen und Zeitschriften werden im Leseraum in allen Parteischattierungen ausliegen. Allen bedürftigen Kriegsbeschädigten soll unentgeltlich Holz angefahren werden. Der Kriegsbeschädigtenbeirat soll die Bedürftigkeit prüfen. Einstimmig wurde ein Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien auf Auflösung der Einwohnerwehren und Aufhebung des Ausnahmezustandes angenommen. — Sodann wurde eine Kommission, die das Verhalten und die Amtstätigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter während des Kapp-Putsches untersuchen soll, gewählt.

Lankwitz. Gemeindevertretung. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß einige Angestellte der Gemeinde sofort entlassen worden seien, weil sie Brotkartenschiebungen vorgenommen hätten. Dem Antrage auf Zulassung einer Laubenkolonie im „Weinviertel" wurde zugestimmt. Ebenso wurde dem Säuglingsheim eine Beihilfe von 5000 M. aus Gemeindemitteln gewährt. Die zur Durchführung der Quäkerspeisung erforderlichen 5–6000 M. wurden ebenfalls bewilligt. Bezüglich der Beamten und Lehrer wurde ein Antrag angenommen, der den Gemeindevorstand ermächtigt, im Hinblick auf ihre Notlage Besoldungsvorschüsse zu gewähren, die auf die Nachzahlungen auf Grund der künftigen Besoldungsreform in voller Höhe angerechnet werden sollen. Eine etwaige Neuregelung der Bezüge der Bureauhilfskräfte und Arbeiter soll vom 1. April 1920 ab gelten. Voraussetzung ist jedoch, daß Berlin in derselben Weise verfährt. In den Krankenkassenzweckverband Berlin-Mariendorf wurden die Genossen Gemeindevertreter Felgentreu und Selau gewählt. Eine längere Aussprache rief der Antrag „Bildung eines Ausschusses zur Feststellung der Beteiligung von Beamten und Angestellten am Kapp-Lüttwitz-Putsch" hervor. Es wurde hierbei insbesondere auf die Unzulässigkeit und Zwecklosigkeit eines solchen Ausschusses hingewiesen. Unsere Genossen vertraten jedoch den entgegengesetzten Standpunkt und der Antrag gelangte mit großer Stimmenmehrheit zur Annahme. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden gewählt die Genossen Schöffe Koszelewski und die G.-V. Claß und Felgentreu sowie der G.-V. Dr. Berkemeyer. Falls letzterer ablehnen sollte, tritt an seine Stelle der G.-V. Gage. Zum Schluß wurde noch beschlossen, den beim Kapp-Putsch verhafteten und schwer mißhandelten Hilfswachtmannschaften für die von ihnen erlittenen Schäden eine besondere Beihilfe zu gewähren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 11. Mai:

45. Abt. Bei warmem Wetter: Ausflug der Frauen und Genossen nach Treptow-Sternwarte. Führung: Genosse Lehrer Woltersdorf. Treffen: nachm. ½6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Eingang: Millionenbrücke.

Jungsozialistische Vereinigung S. P. D. Ortsgruppe Mariendorf. 7½ Uhr, in Buses Sängerheim, Derber-, Ecke Kaiser-Wilhelm-Str. 1 Vortrag über Sozialisierungsfragen. — Lichtenberg. 7½ Uhr, bei Schlenkrich, Simplonstraße 42: dramatische Vorlesungen.

Charlottenburg. 14. Gruppe. Zahlabend bei Arndt, Kantstr. 51: 7½ Uhr.

Schöneberg. 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung. Aula der Schule Martin-Luther-Str. 22. Ref.: Redakteur Heilmann spricht über die Parteien und Nationalversammlung.

Wilmersdorf. Gen. Heilmann spricht 7½ Uhr in den Florasälen (Johann-Georg-Straße, Halensee): „Zur Reichstagswahl".

Reinickendorf-Ost. 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung im Bürgergarten, Hauptstr. 51.

Karlshorst. ½8 Uhr: Zahlabend bei Huth, Treptower Allee.

Morgen, 12. Mai:

45. Abt. 7½ Uhr Zahlabende. Bezirk 1 bei Bose, Koloniestr. 15; Bezirk 2 im Batzenhofer, Schwedenstr. 11a. Besprechung und Einteilung der Wahlarbeiten.

Charlottenburg. 7 Uhr zwei öffentliche Wählerversammlungen 1. Volkshaus, Rosinenstr. 4. Referent: Der Kandidat des Kreises, Eduard Bernstein. 2. Oeffentliche Hausangestelltenversammlung in der Schulaula der 20. Gemeindeschule, Bleibtreustr. 43, am Savignyplatz. Referentin Genossin Bohm-Schuch (M. d. N.). — 1. Gruppe (Westend). 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Schellbach, Genossenschaftsrestaurant, Königin-Elisabeth-Str. 6.

Schöneberg. 8 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen Zahlabend. Da dieser der letzte Zahlabend vor den Reichstagswahlen ist, ist vollzähliges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen Pflicht.

Lichterfelde. 7 Uhr Aula Drakestraße öffentliche Versammlung. Ref. M. d. N. Kunert: „Warum müssen wir sozialdemokratisch wählen?"

Friedenau. 7½ Uhr öffentliche Wählerversammlung im Gymnasium in der Homuthstraße. Referent Genosse von Harnack.

Steglitz. Frauenversammlung 7½ Uhr in der Oberrealschule Elsenstraße. Ref. Gen. Hanna (M. d. P. L.).

Lichtenberg. Zahlabend abends 7½ Uhr: 1. Viertel Hampisch, Mainzer Str. 20; Schwarz, Gabriel-Max-Str. 17; Krüger, Krossener Str. 19; Schulz, Gärtnerstr. 10. 2. Viertel H. Stöber, Jungstr. 29; O. Schulz, Finowstr. 10; E. Feilmeyer, Kronprinzenstr. 13; Brunn, Gürtelstr. 17. 3. Viertel Müller, Holtei-, Ecke Wühlischstraße; Neander, Holtei-, Ecke Boxhagener Straße; Meuseler, Holteistr. 1. 4. Viertel Friedrich, Goethestr. 11; Schilling, Kantstr. 19; Neumann, Leopoldstraße 17. 5. Viertel Kucke, Rosenfelder-, Ecke Irenenstraße; Horich, Siegfriedstr. 2; Zanderell, Bürgerheim-, Ecke Wagnerstraße. 6. Viertel Kurkowski, Pfarrstr. 74; Krüger, Normannstr. 38; Meyer, Möllendorfstr. 77; Hellriegel, Landsberger Chaussee, Ecke Röderstraße.

Oberschöneweide. Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk Helmholtz-, Ecke Wattstraße, bei Gades. 2. Bezirk Siemens-, Ecke Deulstraße, bei Neumann. 3. und 4. Bezirk Luisenhof, Luisen-, Ecke Marienstraße.

Petershagen-Fredersdorf. 8 Uhr gemeinschaftliche Mitgliederversammlung Restaurant Mabel, Dorfstraße. Ref. Gen. Schöne: Die Reichstagswahlen.

Niederschönhausen. 7½ Uhr Restaurant Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße 64, Frauen-Leseabend. In den Bezirkslokalen Zahlabend.

Niederschöneweide. Oeffentliche Wählerversammlung in der Schulaula, Berliner Str. 81. Ref.: Genosse Wermuth.

Bernau. Frauenversammlung 7½ Uhr. Ref. Gen. Riedger, Stadtverordnete. — 7 Uhr im Elysium öffentliche Volksversammlung. Genossin Dr. Wegscheider, Berlin (M. d. L.), spricht über: Die kommenden Reichstagswahlen.

Hohenneuendorf. 8 Uhr im Logenrestaurant (Bismarckplatz) Mitgliederversammlung.

Wildau. Zahlabend 7½ Uhr.

Marienfelde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins kann am Mittwoch nicht stattfinden.

Gerichtszeitung.

Der ehemalige Leiter der Berliner Sicherheitswehr, Prinz, hatte sich in der vorigen Woche vor dem Landgericht I wegen Betrugs in fünf Fällen und zweifacher Amtsanmaßung zu verantworten. Wegen des Stoffandranges konnten wir über die Verhandlung leider nicht berichten. Das am Sonnabend gefällte Urteil lautet auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Ein Jahr gilt als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Sport.

Im Preis von Dahlwitz, 27 000 M., 1600 Meter, dem Hauptereignis des heutigen Tages, gelten als voraussichtliche Starter Endegut 58 (O. Schmidt), Saint Avl 56½ (Basch), Civilist 56½ (Schläfke), Friedensfürst 54 (Rastenberger), Tannenfels 54 (Janek), Puschkin 54 (Shurgold), denen sich Romanze 54 (x) als zweifelhafter Starter anschließt. — Der Totalisatorumsatz am letzten Mariendorfer Renntag betrug 2 292 755 M. — Im Wiener Derby blieben von deutschen Pferden stehen: Hauptgestüt Gradiß: Friedensfürst, Herold, Wächter; Gestüt Constantin: Mannes Moldau, G. Freses Othello; Stall Hepis: Glimmer, Herbes Van Demon, Kirstemeyers Erasmus, Anspontin und Nussenows Dunst.

Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Ovs 7. Wenden Sie sich an den Erfinder selbst; seine Adresse ist: Hans Richter, Berlin, Blücherstr. 14. — M. K. 10. Die Reichsstelle für Schuhversorgung, Kronenstraße 50/52, hat keine Verkaufsstelle für Schuhwaren. — G. H. T. 81 101. Redaktion: Der Friedensbund, Albert Klauer, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 17a.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Im Binnenlande überwiegend heiter. In der Nacht zum Mittwoch ziemlich kalt, stellenweise leichter Frost, an der Küste ziemlich bewölkt und stellenweise etwas Regen.

Soziales.

Freie Arztwahl.

Man schreibt uns: Im Zusammenhang mit der Heraufsetzung des Grundlohnes und der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung ist ein Lohnkampf zwischen Krankenkassen und der Aerzteschaft entbrannt, der anscheinend von beiden Seiten mit großer Energie geführt werden wird. Nun möchte an sich in einer Zeit, die sich in den Geburtswehen des Sozialismus windet, ein solcher Lohnkampf nicht mehr Beachtung verdienen als die vielen anderen derartigen Kämpfe, wenn nicht damit innig eine Frage verknüpft wäre, die für die Gesundheitspflege des werktätigen Volkes von Bedeutung ist, nämlich die der allgemeinen freien Arztwahl.

Unter allgemeiner freier Arztwahl verstehe ich die Berechtigung jedes Arztes, der sich dazu bereit erklärt, Kassenpraxis auszuüben und folgweise die Berechtigung jedes Kassenpatienten, sich unter diesen Aerzten den auszusuchen, zu dem er Vertrauen hat. Da bei der erforderlichen und unaufhaltsamen Ausdehnung des Kassenzwanges alle Aerzte bis auf einige Ausnahmen, die praktisch kaum in Betracht kommen, Kassenpraxis ausüben werden, wenn es ihnen gestattet ist, so würde bei Einführung der freien Arztwahl tatsächlich jedes Kassenmitglied den Arzt seines Vertrauens aufsuchen können. Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen!

Vergegenwärtigen wir uns, wie die Sache bisher stand. Ein Teil der Kassen hat eine oder die andere Art freier Arztwahl, ein sehr großer Teil dagegen, zum Beispiel die Berliner Ortskrankenkasse, hat das System der angestellten Kassenärzte, das heißt nur diejenigen Aerzte dürfen Kassenpraxis ausüben, die von der Kasse zugelassen werden. Dem Patienten wird ein mehr oder weniger umfangreiches Verzeichnis in die Hand gedrückt, aus dem er sich einen Arzt aussuchen muß. Es haben jetzt eine Anzahl Aerzte fast alle Kassen („Kassenlöwen“ lautet der technische Ausdruck für sie), während eine sehr große Anzahl, besonders junge Aerzte, Kassenpraxis ausüben möchten, es aber nicht dürfen. Die Folge ist, daß die Kassenlöwen überfüllte Sprechstunden haben, in denen sie manchmal 100 Patienten in 2—3 Stunden abfertigen sollen. Was für eine Art Behandlung dabei geleistet wird, kann sich jeder, der den Vorzug hatte, einmal einer militärischen Massenuntersuchung beiwohnen zu dürfen, leicht ausmalen.

Daß die Nutznießer des jetzigen Zustandes, die bisher zugelassenen Kassenärzte, sich teilweise gegen Einführung der allgemeinen freien Arztwahl sträuben, ist am Ende menschlich verständlich. Aber daß auch vielfach Parteigenossen in der Verwaltung der Kassen sich auf denselben Standpunkt stellen, halte ich für bedauerlich. Die Bedenken, die von dieser Seite angebracht werden (Komplizierung und Verteuerung des Verwaltungsapparates durch Zulassung aller Aerzte usw.), sind gewiß begründet, aber sie scheinen mir federleicht zu wiegen gegenüber den zwei Fortschritten, die durch die freie Arztwahl erreicht werden, nämlich

1. Verteilung der Kassenpraxis auf die große Mehrzahl der Aerzte und dadurch ermöglichte individuelle und sorgsame Behandlung.
2. Schaffung der Möglichkeit für jedes Kassenmitglied, sich an den Arzt seines Vertrauens zu wenden.

Dehnt man den Kassenzwang weiter aus, ohne die freie Arztwahl einzuführen, so wird man damit nur erreichen, daß die Kassenlöwen in ihrer Sprechstunde statt 100 Personen 150 behandeln. Wer ist dabei der Leidtragende? Die arbeitende Klasse, die nicht imstande ist, sich einen Hausarzt zu halten. Kann es bei dieser Sachlage noch kassenfiskalische Bedenken geben?

Salus publica suprema lex. Das Wohl des Volksganzen ist die höchste Richtschnur. Es gibt keine Hindernisse gegen Einführung der freien Arztwahl, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist.

Aus aller Welt.

Deutsche Kinder in Schweden.

Sonnabend früh traf in Stockholm der erste Transport deutscher Kinder ein, die den Sommer in Schweden verbringen sollen. Ein Vertreter der deutschen Gesandtschaft war zum Empfang der Kinderschar am Bahnhof anwesend.

Vernünftiger Militarismus.

K. K. Die Regierung von Paraguay hat der Kammer einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Verwendung des Militärs zum Anbau von Baumwolle vorsieht. In Paraguari soll eine Lehrfarm zur Ausbildung der Soldaten im Baumwollanbau eingerichtet werden. Bewährt sie sich, so sollen an anderen Stellen des Landes ähnliche Lehrfarmen eingerichtet werden.

Veranlaßt ist diese Maßnahme durch die außerordentlichen Erfolge, welche die Baumwollkultur im benachbarten argentinischen Staate erzielt hat. Die Ernte dieses Jahres wird daselbst auf 60 000 Ballen im Werte von 10 Millionen Goldpesos geschätzt. Sie ist der besten nordamerikanischen gleichwertig. Ein Teil derselben ist von einer deutschen Firma aufgekauft worden, um in Deutschland versponnen zu werden.

Zu dem Mord in Allenstein. Die Erschießung des Knaben Paul Labert in Allenstein durch einen Chauffeur der Abstimmungskommission hat die ausländischen Vertreter in große Verlegenheit gebracht. Sie bemühen sich, der deutschen Bevölkerung möglichste Genugtuung zu gewähren. Der Mörder ist nach Abschluß der von der Kommission eingeleiteten Untersuchung in das deutsche Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Die Hauptuntersuchung soll vor einem deutschen Untersuchungsrichter unter Hinzuziehung eines französischen Beamten geführt werden.

Dänische Truppen auf den Düppeler Schanzen. Am Sonnabend vormittag 9½ Uhr marschierten die dänischen Besatzungstruppen mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel zu den Düppeler Schanzen, um dort auf den Gräbern der Krieger von 1864 Kränze niederzulegen. Unter dem Absingen des Liedes „Der tapfre Landsoldat“ wurden die Fahnen über die Kriegergräber gesenkt, worauf der Oberstleutnant Petersen eine Ansprache hielt, in der er sagte, daß es das erstemal seit 1864 sei, daß dänische Soldaten wieder auf den Düppeler Schanzen ständen. Der Sieg der Alliierten über Deutschland habe das ermöglicht. Der Redner pries dann die Helden der Düppeler Schanzen und erklärte: „Wir wollen uns dieser Helden würdig erweisen.“ Darauf zogen die Soldaten wieder ab und begaben sich in die Stadt Düppel, wo sie von der dänisch gesinnten Bevölkerung jubelnd begrüßt wurden.

Rutschbahn in den Tod. Auf dem Jahrmarkt in Groningen (Holland) brach eine Wasserrutschbahn zusammen. 25 Personen stürzten in die Tiefe, zwei junge Leute und ein Mädchen wurden getötet, 9 Personen schwer und 13 leicht verletzt.

Die Maifeier in Rußland bestand in einem allgemeinen Sechsstundenarbeitstag, womit aber jedenfalls nicht gesagt werden sollte, daß sonst nichts gemacht wird. In Moskau beteiligte sich Lenin an der Säuberung des Kreml.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
Ordentliche Ausschußsitzung
am Mittwoch, den 19. Mai 1920, abends 7 Uhr, im Restaurant von Roeppell, Berlin-Pankow, Kreuzstr. 24.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Niederschrift der letzten Sitzung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Abnahme der Jahresrechnung für 1919 und Bericht des Prüfungsausschusses.
4. Satzungsänderung.
5. Antrag des Vorstandes auf Erwerb eines Erholungsheims und Wahl von drei Vertretern des Ausschusses nach § 97 der Satzung.
6. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. 140/1
Ein Ausweis wird denselben noch zugesandt.
Der Vorstand.
Otto Ritzmann, Vorsitzender.

Innungskrankenkasse der Juweliere, Gold- und Silberschmiede (Zwangsinnung) zu Berlin.
Unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 30. April 1920, Reichsgesetzblatt Nr. 94, machen wir bekannt, daß die erhöhten Grundlöhne mit dem 3. Mai 1920 in Kraft getreten sind. Die Versicherungsgrenze der im § 165 der RVO. Abs. 1 Nr. 2 Genannten ist auf 15 000 M. festgesetzt. 146/2
Die Beiträge betragen wie bisher 5 vom Hundert des Grundlohns.
Der Vorstand.
Max Rast, Vorsitzender. H. Herb, Schriftführer.

Schwarzwälder Kirschwasser
ca. 50 Proz.
⁸/₄ 56,— | 1 Liter 70,—
p. Flasche
Eier-kognak
³/₈ 31,— | ³/₄ Liter 57,—
p. Flasche
inkl. Flasche u. Steuer
Süddeutsches Weinhaus G. m. b. H.
BERLIN W. 66, Leipziger Str. 13
Tel: Zentrum 8920 u. 4001

„Antihydrops“ langbewährt gegen Wassersucht
Herzasthma u. geschwollene Füße nach berühmt. Rezept d. Apotheker Böhmer, Hameln
Schachtel M. 10 geg. Nachn.

Echte Manilahüte für Damen
in blau, grün, rot .... M. 48.—
Neue Schleier in schwarz, weiß
und allen Modefarben vom Meter u. abgepaßt M. 2.-, 3.50, 6.-, 8.- bis 180.-
Modellhaus
Auguste Münzer
Markgrafenstraße 28, Nähe der Leipziger Straße.

Kaffee
gebr. p. Pfd. M. 29,50
" " " " 31,25
" " " " 33,25
Jones & Co.
BERLIN C 2,
Neue Friedrichstr. 47.
Norden 4976.
Versand a. p. Nachnahme.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 78.

Kupfer Messing Rotguß Zink Blei Aluminium sowie Zinn und Quecksilber
kauft jedes Quantum und zahlt über den höchsten Konkurrenzpr. in unseren 3 Einkaufsstell.: I. Oderberger St. 1, II. Bernauer Straße 98, III. Prenzlauer Allee 23, Eingang Raabestr. 17.

Perser und Deutsche Teppiche
Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- und Divandecken, Tüllbettdecken, Steppdecken, Treppenläufer empfiehlt
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin-Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.
Mein altbek. Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich lautend. Firma

Rasche Hilfe b. qualvollem, beseitigt nachts unerträgl. peinig.
Hautjucken
bringt d. der Schar wirkende „Orilindabalsam“, b. auch in hartnäckigsten Fällen bewährt ist. M. 11.-
Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Reichel's Saltarin-Blutreinigungspulver. Schacht. M. 3,00, 3 Schachteln M. 7,20.
O. Reichel, Berl. 43, Eisenbahnstr. 4

Altmetalle
Eisen u. gebr. Zeitungspapier
kaufen
über höchsten Tagespreis
Pücklerstr. 33
Wrangelstr. 72
Michaelkirchplatz 4
Warschauerstr. 18
Pintschstr. 19
Neukölln:
Liberdastr. 4
Hermannplatz 4
Böhmischestr. 16.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Gegen Unterernährung!!
Viscitin
kräftigt alle:
[illegible]
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien
Otto Rohrbeck Dresden 16

Achtung! Garantie.
Ia. Milch-Zentrifugen. Fordert Preisliste Nr. zwei. Schrot- u. Backmehlmühlen f. Hand-, Kraft u. Pferde-Antrieb. Fordert Preisliste Nr. drei. Besuchen Sie m. großes Lager. Ganschow, Kastanienallee 29, Berlin; II. Stockwerk.

Berlin kauft seit über einem halben Jahrhundert
Rauch
Riesen-Auslese-Kaffee!
Invalidenstr. 164, Eckhaus Brunnenstraße.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlehuhn
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel. Lützow 3703 und 8818.

Warnung!
Platin, Gold- und Silberbruch sowie Zahngebisse, Uhren usw.
verkaufen Sie nicht, bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestraße 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.
Wegen dringenden Bedarfs zahle für Platin bis 10 Mark über den höchsten Tagespreis.

Alte Bücher
sowie Zeitungen, Zeitschriften (gebündelt) und sämtliches Altpapier kauft jederzeit zum höchsten Tagespreis
Fritz Seydlitz, Neukölln, Hermannplatz 4.
Geschäftszeit 8—12, ½3—5 Uhr.

Schreibmaschinen!
erstklassige, kauft und verkauft. Reparat. prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Leichnitz u. Lichtenberg.
Burgstraße 28.

Oberlandesgerichtsrat a. D., zuv. Rechtsberatung und Beistand, zu sprechen Potsdamer Str. 118 (Lützowstraße). Langjährige Erfahrungen. Straf-, Zivilprozesse — Ehe-, Alimenten-, Vertragenssachen, Gesuche, Verträge. Mäßige Honorare. Dir. Fabisch, Tel.: Lützow 2444

Kupfer Messing Rotguß Zinn Quecksilber Sämtl. Metalle
Platin Gold- Silber-abfälle Zahngebisse
kauft zu riesig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72 am Baltenplatz

Kupfer
per Kilo M. 12.— zahle bis 14 Mai. Messing, Blei, Zink. Eudemann, Waßmannstraße 22, Laden.

Platin
Quecksilber
höchsten Tagespreis
Platin über Tagespreis
Alte Zahngebisse
Brennspitzen bis 300 M.
Trapp,
Kommandantenstr. 20 I
! nur links !
Moritzplatz 3722.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81 gegenüb. Passage.
Königstr. 56-57 gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1.
Teilzahl. Separ. Damenzim.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Kostenl. Berat. Beq. Zahlung.

☛ PLATIN ☚
zu höchsten Tagespreisen
Gold, Silber in Bruch in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 20, I rechts.
Telephon Moritzplatz 4502.

Schlafzimmer
großer Spiegelschrank, dreiteilige Matratzen, 3600,—, sehr schönes Speisezimmer 4500,—, elegantes Herrenzimmer 4000,—, Kücheneinrichtung 800,—. Riesige Auswahl in schweren Zimmer-Einrichtungen u. Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert,
Möbelhaus für Gelegenheitskäufe,
Lothringer Str. 53, Rosenthaler Platz.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn, Lagermetall usw. kauft zu unübertroffen. Tagespr. Zuckermann, Elsasser Str. 9, vorn II, Norden 4601. 128/8

Leiter- und Kastenwagen
niedrige Preise, auf Wunsch bequeme Zahlweise. Mira-Gesellschaft, Alexandrinenstraße 97. 58/5

Fahrrad, 600,—, Kessler verkauft Eisermann, Dorfstraße, Neue Grünstraße 18.

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

✚ Spezial-Behandlung ✚
v. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, veralteter Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg. Ärztl. gel. Heilanstalt Elsasserstr. 42 I. Ecke Friedrichstr. Spr.: Dir. HERMANNS 10—12, 4—7. Stg. gschl.

Konkurrenzlose
feste Tagespreise zahlt für
Kupfer kg netto 10,00 M.
Rotguß " " 8,00 "
sowie Messing, Blei, Zink, Lager-, Weißmetall u. Zinn kauft z. allerhöchst. Tagespreis.
Tasche, Belle-Alliance-Str. 88, Langenbeckstr. 4, E. Elbinger, Warschauer Str. 79 (Hof links), Demminer Str. 34, E. Brunnenstr. u. Wilmersd., Bernhardstr. 15a

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Tel. 1660

Bierapparat
mit 3 Leitungen einschl. 4 Faßhähnen und Stocher zu verkaufen. Zehlendorf-Mitte, Riemeisterstr. 56, Kasino-Restaurant. 87/1

Habe laufend per Nachnahme abzugeben: Ia Schweineschmalz p. Pfd. 17,50 M. Ia geräuch. Speck p. Pfd. M. 26.— Ia Rindertalg p. Pfd. M. 14.— Ia holländische Pflanzen-Margarine p. Pfd. M. 14.— 18 Steiner große Kaisers Pakete 3 Stück M. 12.— Porto, Verpackung extra. Gottfr. Jacobi, Köln-Rippes, Neusser Straße 62.

Verlag gesucht
für eine großangelegte Agitationsschrift gegen das Kapital. Angebote unter H. 80 an die Hauptexp. d. „Vorw.“ 6185

Lötzinn bis 15 M. per Kilo
Zinn bis 30 M. per Kilo
kauft
Zinnschmelze Gaßner,
Schulzendorfer Straße 13.
Tel.: Norden 6834, Gesundbr. 1162.
Ankauf nur vorm. 8½—2 Uhr.

Altmetall!
Kupfer 10, Messing 5, Zink 2, Blei 3 M. usw.
Paul Zimmermann
N. Palisadenstr. 96, Waldemarstraße 36. Anruf Moritzplatz 4567. Abhol. gratis.

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Friedrich Stampfer:
Religion ist Privatsache
Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms
31.—40. Tausend. Mk. 1,30

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
KUKIROL. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis Mk. 2,50.
KUKIROL ist in allen besseren Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres. — Hersteller: Kurt Krisp, Magdeburg. 87/4

DAS ROTE PLAKAT

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Madame Butterfly.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Der Marquis v. Keith.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Candida.**
Mittw. 7: D. lebende Leichnam.
Kammerspiele.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora
Mittwoch 7½: Stella.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7: D. weiße Heiland (26. A., 3. A.)
Mittwoch 7 Uhr:
Der weiße Heiland (27. A., 3. A.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8: Die große Katharina.
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
½8 U.: Der Herr Minister.
(Leonhard Haskel.)

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritzi Massary usw.

Central-Theater
7½ U.: **Fräulein Puck.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Boccaccio.**

Die Tribüne
7¾ U.: **Der junge Mensch.**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Der Rattenfänger Sr. Durchl.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Der Snob**
mit Albert Bassermann.

Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**

Komische Oper
7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**

Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7¾ Uhr: **Zwangseinquartierung.**

Metropol-Theater.
7½ U.: **Im weißen Röss'l**

Neues Operettenhaus
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus**

Neues Volkstheater
7½ U.: **Das Paradies.**

Schauburg
7 Uhr: **Reinhold Schünzel** in
Wenn Männer lügen

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **2×2–5.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Amor auf Reisen**

Th. am Nollendorfplatz
7½ U.: **Eine Nacht im Paradies.**

Theater des Westens
7½ Uhr: **Max Pallenberg**
in **Familie Schimek.**

Theater i. d. Alt. Jakobstr.
(früher Eden-Theater).
7½ U.: **Die verschwund. Pauline.**

Wallner-Theater
7.15 U.: **Cavalleria u. Bajazzo**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Unsere Magdalenen**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich ½8 Uhr:
Ida Wüst in:
Myrrha
Sonnt. 4: Herrsch. Diener ges.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Untergrundbahn Klosterstr.
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der gute Ruf.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Am Ende der Welt.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Neu! Neu!
Der Sensations-Schlager
Onkel Cohn
Volksstück in 3 Aufzügen.
Sng. 3½ U.: Der falsche Cousin

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe.
Morg. Flirt im St. Moritz
7½

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1062
Marga Rosen
Peter Mann
Toni v. Bukovics
Duett Much Bachmann
Harriett Imme
Tom Black
Karl Steininger
Julius Joseph
Gre u. Karl Heinz Forster
Adi Liebens Meisterquart.
Adolf Lieban
ff. Weine, ff. Küche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 U.: **Käthchen von Heilbronn**

Lessing-Theater.
Heute bis Donnerstag:
7½ U.: **Frau Warrens Gewerbe.**

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: **Menagerie**
(Adalbert, Götz, Haack.)

◆ Folies Caprice ◆
Eck. Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 7½:
Die abgetretene Frau
Zwangseinquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Grünecker
in den Hauptrollen.

APOLLO
Theater
Direkt. James Klein.
Mai 1920
Allabendlich 7½ U.:
Gastspiel Blanvalet
Natura-
täuflisch-phantastisch.
Ballett
„Der Venusberg"
30 Tänzer Tänzerinnen
4 Franklin
8 gold. Jungfrauen
Bonhair-Truppe
u. weitere Attraktion.
Erhöhte Preise.

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Ruselli,
R. Schrader, Riess
Schubert usw.
Blüthgen-Konzert.
Vorvk. 11–1½, 4–6 U.

Theater
in der
Alten Jakobstraße
(bisher Eden-Theater)
Stürmischer Lacherfolg!
Allabendlich 7½ Uhr:
Die verschwundene Pauline
mit
Maxi Ackers, Fritz Beckmann, Hanna Fischer, Eugen Rex.
Preise der Plätze
2, 4, 6, 7.50, 10, 12, 15 M., Logen 20 M.

METROPOL KABARETT
[illegible] 53-54
Allabendlich 7 Uhr:
Bolgaroff-Truppe
Grete Ruß
Karl Edler
Lore Meißner
Fritz Brand
Rosl Dehny
Hans Elliot
Harry Allister
2 Lanzigs.
Am Flügel: E. Hentschel.
Kapelle Mundi Neumann.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman
2 Uraufführungen 2
Die
lustige Witwe.
Spannendes Schauspiel
in 4 Akten.
Opfer des Fluchs.
Großes Filmdrama
in 4 Akten.
Hauptrolle:
Magda Sonja.
6.30.

Circus Busch
Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ U.
Seattiel der geniale Taschenspiel.
usw. usw.
9 Uhr: D. gr. Zirk.-Pantom.
„Der Wilddieb"
mit der Wunderfontäne.
Voranzeige!
Donnerst., Himmelf., 3½:
Gr. Jugendvorstellung
1 eigenes Kind frei.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Residenz-Kasino
10 Blumenstraße 10.
Tanz und Kabarett

Reichshall.-Theater
Allab. 7½ u. Sonntags nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

B T L
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Eva May
Im Drama:
Im Wirbel des Lebens.
Und:
Henny Porten
Emil Jannings
in dem glänz. Lustspiel
Kohlhiesels Töchter.

ufa
Mozartsaal am Nollendorfplatz
U.T Alexanderplatz
U.T Weinbergsweg 16
„Der Weg der Grete Lessen"
Schauspiel in 4 Akten mit
Lotte Neumann

Kammerlichtspiele am Potsdamer Platz
Die Brüder Karamasoff
nach dem Roman von Dostojewski
Regie: Carl Froelich

U.T Kurfürstendamm 26
U.T Nollendorfplatz 4
Die Söhne des Grafen Dossy
Albert und Else Bassermann
Gertrud Welcker / Regie: Adolf Gärtner

U.T Friedrichstrasse 180
Das einsame Wrack
Sensations-Film in 6 Akten
Leo Holl / Harry Liedtke
Regie: Heinz Karl Heiland

U.T Schöneberg Hauptstr.
Indische Rache
5 abenteuerliche Akte von
R. Liebmann und Georg Jacoby.
Edith Meller / Harry Liedtke
Georg Alexander / Josef Peterhans
Regie: Georg Jacoby

U.T Hasenheide [illegible]
Gefesselte Menschen
Hauptdarsteller: Dorsch / Konstantin / Grüning
Kaiser-Titz / Hartmann / Diegelmann

Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

UFA
Lichtspiele Tauentzienpalast
Das große Licht
nach dem gleichnamigen
Roman von Felix Philippi
Hauptrollen:
Jannings / Tempermann / Diegelmann / Petry
Frieda Richard / Margarete Schön
Regie: Hanna Henning
Wochentags: 7 und 9¼ Uhr / Sonntags: 4 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Rennen zu Grunewald
(Unionklub)
Dienstag, den 11. Mai, nachm. 3 Uhr
7 Rennen.

OTF
Schöneberg, Hauptstraße 30/31.
Direktion: Julius Felge.
! Heute Eröffnung !
6½ Nur Film ∴ 8½ Film u. Bühne
Film **Menschen.** Film
Grete Ly Ilka Grüning
Auf der Bühne: **Im Tunnel**
Ilka Grüning Grete Ly
Gülstorff, Rameau, Reissig.
Vorverkauf 11–1 Uhr an der Theaterkasse
und an allen Theaterkassen von A. Wertheim.

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Zur Feier des
30jährigen Stiftungsfestes
am 13. Mai, abends 7½ Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Straße, sind noch eine Anzahl Billetts im Verbandsbureau zu haben. 58/1
Die Ortsverwaltung, Alte Jakobstr. 5.

Ab 14. Mai
Henny-Porten-Zyklus
im **Ufa-Theater**
Kurfürstendamm 26

Staunend billige
Pfingst-Offerte
für fertige
Herren-Anzüge
solange Vorrat reicht.
Serie I:
Mark 412.50
Serie II:
Mark 455.—
Bequeme Teilzahlung
unter günstigsten Zahlungsbedingungen.
Damen-Kleidung
vom Einfachsten bis zum Elegantesten
sehr preiswert in größter Auswahl
B. FEDER
Brunnenstr. 1 direkt am Rosenthaler Platz
Kottbuser Damm 103
Frankfurter Allee 350
Charlottenbg., Scharrnstr. 5

Telephon: Kurfürst 9033
Stand-Uhren
eigene Fabrikation, nur erstklassige Garantie-Werke, in jeder gewünschten Ausführung offerieren billigst
Gebr. Bölke, Glashütter Uhrmacher,
Berlin, Kochstraße 11.
Gegr. 1853
Telephon: Kurfürst 9033

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18 A.

Trauringe
Dukatengold 900 gest. 14 kar. Gold 585 gest. 8 kar. Gold 333 gest. von 60 M. pr. Stck. stets vorrätig am Lager.
Ankauf
altes Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
Grüner Weg 69.
Telephon: Alexander 2430.

Dynamo- und Spulendrähte
kaufen höchstzahlend jeden Posten
Elektro-Büro Lustig & Co., O 27, Grüner Weg 108, Königstadt 6282 u. 981.

Achtung! Neu eröffnet: **Arbeiter!**
Arbeiter-Buchhandlung
Berlin S. 14, Annenstr. 1
Sämtliche
kommunistische Literatur
vorrätig!

Brillanten
Perlen, Platin-, Gold-Bruch
kauft zu gewissenhaften Preisen
„Veritas", Jägerstraße Nr. 10

Zähne v. 4 M. an. Teilzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt **Wolf** sof. Potsdamer Str. 55. Hochp. Sprechz. 9–7.

Messing und Kupfer
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74. — Telephon: Moritzplatz 9955.

Stellengesuche

Parteigenosse
(kriegsbeschädigt) langjährig organisiert, 35 Jahre alt, volkswirtschaftlich, parteipolitisch und gewerkschaftlich durchgebildet, aber infolge Halsschusses keine öffentliche Rednerbefähigung, sucht, da er seinen Beruf nicht mehr ausführen kann, passende Stellung. Angebote unter O. 53 Hauptexp. des „Vorw." erbeten.

Stellenangebote

Bilanzsicherer Buchhalter
mit guten Zeugnissen für eine Berliner Vorortgemeinde zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote unter M. 52 an die Hauptexp. d. „Vorw.". 619D

Werkmeister oder Vorarbeiter
zur Einrichtung, auch Leitung einer Blechwarenabteilung und Verzinkerei von oberschlesischer Metallwarenfabrik bei hohen Tariflöhnen und Gewinnbeteiligung sofort ges. Reflektiert wird auf la Fachmann mit langjährigen Erfahrungen. Ausführliche Offerten u. Referenzen unter L. 53 an die Hauptexp. des „Vorw.". 620D

Pauser (in)
gesucht. **Max Reichmann,** Stralauer Str. 42/43. 58/6

Aufs Land.
Junge Mädchen werden für Haus- und Landwirtschaft verlangt. Reisen erwünscht, aber nicht Bedingung. Reise frei.
Meldung mit Papieren im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Landwirtschaftliche Abteilung, Rückerstr. 9. Vermittlung kostenlos. 126/7

In unserer Verwaltung ist die pensionsberechtigte Stelle des
Stadtkämmerers
zu besetzen. Die Anstellung ist während der ersten drei Jahre eine widerrufliche, dann erfolgt bei Bewährung unwiderrufliche Anstellung (auf Lebenszeit).
Das Grundgehalt beträgt 2500 M., steigend in jährlichen Zulagen von 100 M. bis zum Höchstbetrage von 4500 M. Außerdem werden zurzeit Teuerungszulagen nach den für die oldenburgischen Staatsbeamten geltenden Grundsätzen bezahlt. Neuregelung des Gehalts wird nach Durchführung der staatlichen Besoldungsreform erfolgen. Anrechnung auswärtiger Dienstzeit auf das Besoldungs- und Pensionsdienstalter erfolgt auf Antrag.
Geeignete Bewerber, insbesondere solche, welche bereits in einem gleichen oder ähnlichen Amte mit Erfolg tätig waren, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufs und der Zeugnisabschriften bis zum 1. Juni d. J. einreichen. Bevorzugt werden solche Bewerber, die die für den mittleren Verwaltungs- oder Justizdienst vorgeschriebene oder eine ähnliche Prüfung bestanden haben. Bei gleicher Befähigung wird Bewerbern, welche auf sozialistischem Boden stehen, der Vorzug gegeben. 621D
Nordenham, 6. Mai 1920.
Stadtmagistrat.
Bergfen.

Elektromonteur
zur Instandhaltung des elektrischen Betriebes einer Werkzeugmaschinenfabrik (Ueberwachung der Motoren und Lichtanlage, Ausführung einfacherer Reparaturen usw.) gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf unter K. 83 sind zu richten an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 70R

Wir suchen tüchtige und selbständige 70R
Fräser, Revolverdreher, Schlosser, Werkzeughobler und Schaber
für Präzisionsarbeiten, mit langjährigen Erfahrungen im Werkzeugmaschinenbau. Schriftliche Bewerbungen erbeten an
F. A. Scheu G. m. b. H.,
Werkzeugmaschinenfabrik,
Berlin NW 87, Neues Ufer 20-25.

Werkzeugdreher
(perfekter) und ein
Schraubendreher,
der Steinhäuser-Automat bedient hat, gesucht. 623D
Deutsche Maschinenbau- u. Vertriebs G. m. b. H.
Berlin, Chausseestr. 128/129.

Stenotypistinnen
erste Kräfte
die befähigt sind, einem größeren Bureau selbständig vorzustehen, sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags oder 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen: 146/18*
Jerusalemer Str. 5/6, Prinzenstr. 31, Börwaldstraße 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 37, Petersburger Platz 4, Greifenhagener Str. 22, Ackerstraße 174, Wartstr. 9, Markusstr. 36, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101, Tauroggener Str. 11. — Lichtenberg, Wartenbergstraße 1. — Neukölln, Neckarstraße 2, Siegfriedstraße 28/29. — Wilmersdorf, Gasteiner Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56. — Schöneberg, Belziger Str. 27. — Treptow, Gramens, Kiefholzstraße 412. — Königswusterhausen, Baumann, Luckenwalder Straße 5.

Unsere Kandidaten.

Bezirk Nordwest.

Bremen, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Eine Unterkonferenz des Bezirks Nordwest, die gestern in Bremen unter Vorsitz von Leuteritz-Hamburg stattfand, bestimmte als Reichstagskandidaten für Siade an erster Stelle Fritz Peine, Referent im Reichsministerium, an zweiter Stelle Frau Bohm-Schuch, an dritter Stelle Brandes-Geestemünde. Vom Parteivorstand nahm Dr. Adolf Braun an der Konferenz teil, der am Tage vorher den Wahlkampf in Bremen mit einer großen öffentlichen Versammlung eröffnete, wo er scharf und glücklich mit Dr. Helfferich abrechnete, der den Wahlkampf der Deutschnationalen im Nordwesten eröffnet hat. Die Stimmung für die Reichstagswahlen im ganzen Nordwesten ist ausgezeichnet.

Für Westfalen.

Dortmund, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der außerordentliche Bezirksparteitag stellte für den Wahlbezirk Arnsberg die Genossen Max König, Otto Hue, Frau Schulz, Hamm, Hansmann, Witt, Osterroth, Liebig und Neblich auf. Die Ernennung eines Kandidaten an fünfter Stelle bleibt dem Kreis Altena-Iserlohn überlassen.

Es wurde ein Antrag angenommen, der gegen das den Abmachungen mit der Regierung und den Ausführungen des Justizministers zuwiderlaufende Vorgehen der Staatsanwälte und der Kriegsgerichte schärfsten Protest einlegt. Desgleichen wurde beschlossen, an maßgebender Stelle auf die Aufhebung des Ausnahmezustandes hinzuwirken, damit die Wahlagitation ungehindert vonstatten gehen kann.

Am Oberrhein.

Köln, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der Parteitag für den Bezirk Oberrhein stellte nach einem glänzenden Verlauf als Kandidaten auf: Für den Wahlkreis Köln-Aachen Dr. Johann Meerfeld, Wilhelm Sollmann, Elisabeth Röhl, Nikolaus Osterroth-Hamm. Für den Wahlkreis Koblenz-Trier Karl Görgibel-Köln, Josef Kleinmeyer, Kanzleibeamter, Koblenz, Michael Hartler-Trier, Elisabeth Röhl-Köln.

Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 10. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In der Fortsetzung des Bezirkstages teilte Sekretär Genosse Röhle mit, daß die Regierung vielleicht noch vor den Wahlen in Hessen-Nassau 24 neue Landräte einsetzen werde, 12 Sozialdemokraten und je 6 Demokraten und Zentrumsanhänger. Dann wurde die Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl folgendermaßen erledigt: 1. Philipp Scheidemann, Oberbürgermeister von Kassel; 2. Frau Tesch, Frankfurt a. M.; 3. Eugen Kaiser, Frankfurt a. M.; 4. Landrat Thöne, Witzenhausen; 5. Schriftsteller Gustav Hoch, Hanau; 6. Bezirkssekretär Paul Röhle, Frankfurt a. M.; 7. Parteisekretär Otto Witte, Wiesbaden; 8. Lehrer Traut, Kassel; 9. Dr. Max Quarck; 10. Bierbrauer, Weilburg; 11. wird durch eine Genossin aus Kassel besetzt; 12. Lehrer Witzel, Oberwesterwaldkreis; 13. wird durch Kassel besetzt; 14. Eisenbahnbeamter Lawent, Rheingau; 15. wird durch Kassel besetzt; 16. Rosser, Höchst a. M.; 17. Kresser, Frankfurt a. M. Auf Antrag der Frankfurter Delegierten wird beschlossen, den Parteivorstand in Berlin zu ersuchen, Genossen Dr. Quarck an sicherer Stelle auf die Reichsliste für die Wahlen zu setzen; auch der Genosse Tiefenbach, Höchst am Main, soll für die Reichsliste in Vorschlag gebracht werden.

Mit 38 gegen 14 Stimmen wurde die Beitragserhöhung um 40 Pf. für Männer und 25 Pf. für Frauen pro Woche beschlossen. Ferner wird einem Antrag der Frankfurter Genossen zugestimmt, daß örtliche Vereine mit eigenem Sekretariat nur 50 Proz. der Beiträge an den Bezirksvorstand abzuführen haben. Ein Antrag,

> die Partei wolle den Abgeordneten aufgeben, sich bei einer baldigen Revision der gesetzgeberischen Bestimmungen über die Kreistagswahlen dahin zu verwenden, daß jeder politische Kreis auch nur einen Wahlkreis bildet, in dem sämtliche Vertreter des Volkes lediglich auf dem Wege direkter Wahl gewählt werden können,

wurde dem Bezirksvorstand überwiesen.

Deutschnationale Reklame für die Sozialdemokratie.

Ein unbezahlbares Flugblatt.

Die deutschnationale Hetzzentrale Bernburger Straße 24 bringt als Werbeblatt Nr. 74 ein Flugblatt heraus, dem wir die allerweiteste Verbreitung wünschen. Es soll sich gegen die Sozialdemokratie richten, bedeutet aber die beste Empfehlung für uns. Unter der Ueberschrift „Wer uns heute regiert" wird eine lange Namenliste veröffentlicht, die folgendermaßen beginnt:

> Kürbis, Eisendreher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schleswig-Holstein.
>
> Philipp, Eisendreher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schlesien.
>
> Schulz, Torpedobreher, Ernährungskommissar in Schleswig-Holstein.
>
> König, Fabrikarbeiter, Regierungspräsident in Arnsberg.
>
> usw. usw.

In dieser Weise folgt eine endlose Reihe von Arbeitern, ehemaligen Buchdruckern, Schriftsetzern, Maurern, Zigarrenarbeitern, Gärtnern, Brauern usw., die jetzt Posten in der Verwaltung als Landräte, Polizeipräsidenten Bürgermeister usw. bekleiden.

Es ist bezeichnend für den bornierten Standesdünkel und Klassenhochmut der feudalen deutschnationalen Gesellschaft, daß sie glauben, mit dieser Aufzählung auf weiteren Kreise in ihrem Sinne Eindruck machen zu können. Außer ein paar standesstolzen Rittergutsbesitzern, ein paar aufgeblähten Reh-Leutnants, einigen futterneidischen Verwaltungsjuristen wird wohl niemand sich über diese Liste aufregen. Wenigstens von all denen niemand, denen das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" ernst und keine bloße Redensart ist. Für die Deutschnationalen freilich ist das Wort eine hohle Phrase, das beweisen sie mit ihrer Wut über den Aufstieg der tüchtigsten und besten Elemente der Arbeiterklasse. Sie zeigen auch, wie weit sie sind, der Arbeiterschaft ein wirkliches Mitbestimmungsrecht im Staat einräumen zu wollen. Daß es sich in der Liste um wirklich tüchtige Leute handelt, geht daraus hervor, daß ein Teil der Aufgeführten von bürgerlichen Mehrheiten, sogar mit Stimmen der Deutschnationalen in ihrem Amt bestätigt wurde.

Noch in anderer Beziehung ist das Flugblatt wertvoll. Die Deutschnationalen behaupten ja stets, daß die Sozialdemokratie nicht von Arbeitern, sondern von jüdischen Literaten geleitet würde. Nun, in der Liste „Wer uns regiert" werden lediglich Handarbeiter aufgeführt. Mit diesem Flugblatt widerlegen die Deutschnationalen sich selber.

Wir bedauern lediglich, daß das Flugblatt nach Aufdruck nur in einer Auflage von 50 000 Exemplaren hergestellt wurde. Wir wären den Deutschnationalen dankbar, wenn sie es in Millionenauflage unter der werktätigen Bevölkerung verbreiten wollten. Eine bessere Propaganda für die Sozialdemokratie können wir uns gar nicht denken.

Deutschnationale auf Angestelltenfang.

Für die kommende Wahl gibt die Deutschnationale Partei ein Flugblatt heraus, das dem Stimmenfang unter den Angestellten gewidmet ist. Wir glauben allerdings nicht, daß dieses klägliche Machwerk auch nur den geringsten Erfolg haben dürfte. Denn eine solche Fadenscheinigkeit an Gründen ist uns selten begegnet wie in diesem Flugblatt. Da die Deutschnationale Partei als Vertreterin kapitalistischer und agrarischer Interessen sachlich den Angestellten nichts weiter bieten kann als Herabdrückung ihrer Gehälter und Verteuerung ihres Lebensbedarfes, so muß sie mit den auffallendsten und unsinnigsten Behauptungen operieren, um eine „Angestelltenfeindschaft" der Sozialdemokratie zu erfinden.

Das Flugblatt behauptet, „daß die Sozialdemokraten den Angestellten keine eigene Daseinsberechtigung zuerkennen, ihnen aber auch zugleich die Gleichberechtigung als Arbeitnehmer versagen". Ein Blinder könnte nicht idiotischer über Farbe reden als hier die Deutschnationalen über die sozialdemokratische Angestelltenpolitik.

An anderer Stelle wird behauptet: „Seit der Revolution kämpfen die sozialdemokratischen Arbeiter um die Herrschaft über die Angestellten (!!)". Es ist schwer, bei solchen Behauptungen den Ernst zu bewahren. Richtig würde der Satz heißen: „Seit der Revolution kämpfen die sozialdemokratischen Arbeiter Schulter an Schulter mit den Angestellten gegen die Herrschaft des Kapitalismus". Um den Satz, daß die Arbeiter die Angestellten ausschalten oder unterjochen wollten, zu beweisen, werden die gröbsten Verdrehungen herangezogen. Das in irgend einem Blatt geforderte Kontrollrecht der Betriebsräte über die technische und kaufmännische Leitung der Betriebe wird dahin ausgelegt, daß die technischen und kaufmännischen Angestellten, aus ihren Stellungen gedrängt werden sollten! Es heißt doch die Intelligenz der Angestellten stark beleidigen, wenn man ihnen solche Mätzchen vormachen zu können glaubt.

Aber weiter als derartige Narrenspossen enthält das Flugblatt nichts. Nur an einer Stelle bringt es das schüchterne Bekenntnis, daß die Angestellten mit den Arbeitern durch das gleiche Schicksal verbunden sind, ganz auf eigene Erwerbsarbeit angewiesen zu sein. Wir waren nun neugierig zu erfahren, wie die Deutschnationalen den Angestellten positiv dazu verhelfen wollen, den Ertrag ihrer Erwerbsarbeit gegen das ausbeuterische Kapital so zu steigern, daß die Angestellten gemäß ihrer in dem Flugblatt sehr stark herausgestrichenen „sozialen Stellung in der Gesellschaft" ihre Lebensführung einrichten können. Aber darüber enthält das Flugblatt kein Sterbenswörtchen. Nichts davon, wie die Gehälter heraufgesetzt, nichts davon, wie die sozialen Verhältnisse menschlich gestaltet werden sollen. Freilich, wie soll eine Partei nur etwas Positives bieten können, die den Streik als ein „Verbrechen" ablehnt, die den Angestellten so lange erzählt hat, daß sie mit den Mitteln der Arbeitergewerkschaften weder etwas erreichen durften noch erreichen könnten, bis die Angestellten im Wege der praktischen Tat sich vom Gegenteil überzeugt haben.

Die Angestellten sind seit der Revolution erwacht. Sie haben erkannt, daß ihr Platz an der Seite der organisierten Arbeiter in der Sozialdemokratie ist, daß in unserer Partei Kopf- und Handarbeiter in voller Gleichberechtigung, nicht gegeneinander, sondern miteinander den gemeinsamen Feind aller Arbeitenden zu Boden ringen: den von den Deutschnationalen beschützten Kapitalismus!

Lebenstropfen der Deutschen Volkspartei. Vor einiger Zeit fand in Hennigen in der Altmark eine Versammlung der Deutschen Volkspartei statt, in der Parteisekretär Tell sprach. Herr Tell hatte sich zur Unterstützung der Werbekraft seiner Ausführungen einen Begleiter mitgebracht — eine Schnapsflasche, die auf dem Etikett die Aufschrift „Lebenstropfen der Deutschen Volkspartei" trug. Von diesen Lebenstropfen verschenkte er an die Anwesenden unter gleichzeitigem Versuchen, Beitritte zur Deutschen Volkspartei zu sammeln. — Vermutlich handelt es sich bei den „Lebenstropfen" um eine Liebesgabe des Direktors der Spiritusindustrie, der jüngst für 150 000 M. eine sichere Kandidatur der „Deutschen Volkspartei" gekauft hat.

Zum ersten Bürgermeister von Ludwigshafen wurde der von den drei bürgerlichen Parteien aufgestellte Rechtsrat Dr. Weiß-Nürnberg (Dem.) mit 3000 Stimmen Mehrheit gewählt. Der ehemalige Ministerpräsident Genosse Hoffmann erhielt 18 000 Stimmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte keinen Kandidaten aufgestellt und Stimmenthaltung proklamiert!

Der Rache-Schulz.

Widerrechtliche Erschießungen durch einen Meuterer.

Es ist hier notwendig, etwas Besonderes über die Rolle zu sagen, die der Führer des Freikorps Schulz, Major Schulz, während und nach dem Kapp-Putsch gespielt hat. Das Freikorps Schulz lag bei Ausbruch des Putsches in Mülheim. Während Schulz am 13. März gegenüber Vertretern aller Parteien erklärte, daß er nur eine verfassungsmäßige Regierung anerkenne, ließ er am 14. März an der Kaserne die schwarzweißrote Fahne hochziehen, hielt über sein Regiment Parade ab, verpflichtete die Angehörigen des Freikorps auf die neue Regierung und ließ zur Belebung der Umsturzstimmung an jeden Mann zehn Mark und Rauchwaren verteilen. An General Watter und an Büttwitz sandte er folgendes Telegramm:

> Wir unterstellen uns der Regierung Kapp. Die Kaserne hat schwarzweißrot geflaggt. Major Schulz.

Am 16. März hatte Major Schulz nochmals eine Unterredung mit Vertretern der Mehrheitsparteien, die er zu sich gebeten hatte. Als diese ihn fragten, ob die Gerüchte von seinem Umfall auf Wahrheit beruhten, bestätigte Schulz wiederholt, daß er sich auf den Boden der Kappschen Regierung gestellt und sein Regiment auf diese verpflichtet habe. Schon ein ganzes Jahr habe er darauf gewartet, daß endlich wieder einmal ein Offizier den Posten eines Reichswehrministers bekleide. Als besonderen Grund für seinen Umfall gab dieser gesinnungstüchtige Mann noch an, die Bezahlung in der Reichswehr wäre ihm zu schlecht. Auf den Einwurf, daß er ja hätte kündigen können, gab Major Schulz zur Antwort: „Das würde der Gesellschaft gerade passen, den Major Schulz los zu werden.

> Ich habe auf diese Stunde lange genug gewartet, um endlich Rache nehmen zu können."

Diesen Rachedurst hat Schulz in grauenhafter Weise zum Ausdruck gebracht. Unbegreiflicherweise wurde dieser Mann nämlich während der folgenden Kämpfe im Ruhrgebiet trotz der empörten Proteste der Arbeiterschaft weiter verwendet. Während alle anderen Militärbefehlshaber sich aber streng an die Anweisung ihrer vorgesetzten Behörde hielten, arbeitete Schulz auf eigene Faust. So kam es, daß trotz des Befehls des Wehrkreiskommandos und des Abschnittskommandos in Wesel, daß Todesurteile der Standgerichte nicht vollstreckt werden dürften, von Schulz trotzdem einige Standrechtsurteile vollstreckt wurden. Der Befehl gegen die Vollstreckung der Todesurteile kam am 3. April heraus und war bereits am Nachmittag in den Händen aller übrigen Befehlshaber. Schulz ließ aber noch in der Nacht vom 3. zum 4. April Erschießungen vornehmen und behauptete nachher, zur Rede gestellt, daß ihm der Befehl erst am 4. April bekanntgeworden sei!

Das gesamte Material gegen Schulz wurde gesammelt und der Regierung am 24. April eingereicht. Schulz wurde darauf zwar vorläufig beurlaubt, aber nicht, wie erwartet, seines Dienstes enthoben. Unter den Mannschaften hält sich hartnäckig das Gerücht, daß Schulz zum Oberstleutnant befördert worden sei und demnächst wiederkehren würde. Wir fragen hiermit öffentlich den Reichswehrminister, ob für dieses Gerücht irgendwelche Unterlagen bestehen, und weiter, was gegen Schulz veranlaßt worden ist, ob gegen ihn insbesondere Anklage wegen Mordes und Hochverrats erhoben worden ist?

Hinzuzufügen ist noch, daß das angeblich aufgelöste Freikorps Schulz unter anderem Namen in der gleichen Weise weiterbesteht. Außer Schulz, für den ein anderer Offizier eingesetzt ist, sind sämtliche Offiziere im Freikorps im Dienst verblieben. Trotz des heftigen Protestes ist das Freikorps wieder nach seinem alten Standort Mülheim a. d. Ruhr zurückbefördert worden.

Wann wird hier endlich durchgegriffen?

Abschlagszahlungen an Lehrer und Lehrerinnen.

Der Unterrichtsminister hat sämtliche Regierungen angewiesen, mit größter Beschleunigung den Volksschullehrern und -Lehrerinnen auf die durch das neue Diensteinkommensgesetz sich ergebenden Gehaltserhöhungen größere Abschlagszahlungen nach bestimmten Sätzen ohne zeitraubende Berechnungen zu leisten. Zur Ausführung des Gesetzes über die Regelung der Bezüge der Altruhegehaltsempfänger und Althinterbliebenen sind alle Vorbereitungen unverzüglich zu treffen.

Prozeß gegen die „Kreuzzeitung".

Wegen Beleidigung der Reichsregierung.

Mittwoch, den 12. Mai, wird vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Moabit gegen den Chefredakteur der „Neuen Preußischen (Kreuz) Zeitung", Hauptmann a. D. Foertsch, wegen Beleidigung der Reichsregierung verhandelt.

Am 17. November hatte die „Kreuzzeitung" einen Artikel ihres Chefredakteurs „Die Anderen" gebracht, der, ausgehend von den Methoden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, sich zunächst mit der Eignung des Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) zum Richter über die maßgebenden Persönlichkeiten während des Krieges beschäftigte und dann eine scharfe und grundsätzliche Scheidelinie zog zwischen den Gepflogenheiten des alten Systems, das an dem Beispiel der preußischen Könige, der Heerführer und Beamten und an der Tradition der „guten" deutschen Familien gekennzeichnet wurde und dem neuen System, das zahlreiche „Charaktere habe hochkommen lassen, die jetzt ihre günstige Konjunktur skrupellos auszunutzen" pflegten. „Die Zersetzung der Moral," hieß es da, „habe auch an den Leuten nicht Halt gemacht, die jetzt die Autorität des Staates vertreten sollten." Ferner hieß es wörtlich: „Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, wie mit den Staatsgeldern gewirtschaftet wird, welche Konnexionswirtschaft und politisches Schiebertum sich breitmacht, welche Niedrigkeit der Gesinnung vor der Entente zu Kreuze kriecht. Gewiß, man soll auch den politischen Gegner anerkennen, aber es gibt eine Grenze. Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Landesverräter oder Schieber unter sich duldet, hat keinen Anspruch mehr auf eine loyale Beurteilung. Unwillkürlich greift man nach der Kleiderbürste, um den Rockärmel zu reinigen, wenn er einmal in unfreiwillige Berührung mit diesen Leuten gekommen ist."

Die Reichsregierung hatte wegen dieses Artikels Strafantrag gestellt. Das Hauptverfahren ist auf Grund der beiden letzten Sätze des zitierten Absatzes eröffnet worden.

Deutscher Dank an die Schweiz.

Zürich, 10. Mai. (TU.) Der deutsche Gesandte in Bern, Genosse Ad. Müller, überreichte dieser Tage dem schweizerischen Bundespräsidenten Motta ein Schreiben des deutschen Reichspräsidenten, in dem dieser der Schweiz den herzlichsten Dank für den Schutz der deutschen Interessen in England und Frankreich während des Krieges abstattete. Das Schreiben ist in außerordentlich freundschaftlichem und warmherzigem Tone gehalten. Bundespräsident Motta gab dem deutschen Gesandten seiner Freude darüber Ausdruck, sowie auch dem Dank dafür, daß der Schweiz in einer diplomatischen Mission ein so wertvolles Zeugnis des Vertrauens ausgestellt worden sei.

Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.

Laut „Petit Parisien" wird Mitte Mai in Paris eine Konferenz deutscher und französischer Industrieller zusammentreten, die vorläufige Beschlüsse darüber fassen soll, wie die deutsche und französische Wirtschaft miteinander Hand in Hand arbeiten könne. Die Franzosen sollen beabsichtigen, der deutschen Industrie vorzuschlagen, daß die Belieferung von Rohstoffen von Frankreich aus erfolgen soll, während die Deutschen es zu verarbeiten und dann an Frankreich zurückzuliefern hätten.

Umsturz in Mexiko.

Carranza geflüchtet. — Amerikaner kommen.

Amsterdam, 10. Mai. (W. T. B.) Wie aus Washington gemeldet wird, erhielten 1200 Seesoldaten den Befehl, von Philadelphia nach Key West abzugehen, um sich dort für den Dienst in Mexiko bereit zu halten. Marinesekretär Daniels erklärte, daß es sich um eine Vorsichtsmaßregel handele. Die Seesoldaten würden nur nach Mexiko gesandt, wenn dies zum Schutze der dortigen Amerikaner nötig wäre. — Präsident Carranza hat sich mit der Eisenbahn von Mexiko nach Tlaxcala begeben und ist von dort aus zu Pferde geflüchtet.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Betriebsräte!

Die für Dienstag geplante Versammlung findet erst am Freitagabend in der „Neuen Welt" statt.

Bezirksrätesekretariat der S. P. D.

Ende des Brauereiarbeiterstreiks.

Die einmütige und entschlossene Durchführung des Streiks hat die Folge gehabt, daß die Unternehmer den Streikenden wesentliche Zugeständnisse gemacht haben. So sind zunächst die Differenzen in der Lohnfrage, die beim Ausbruch des Streiks bestanden, durch Zugeständnisse, mit denen sich die Vertrauensmänner der Streikenden einverstanden erklärten, beseitigt worden. Aber es blieben hiernach noch eine Reihe von Differenzpunkten bestehen, vor allem hinsichtlich der Frage, ob alle Streikenden wieder eingestellt werden sollen. Die Unternehmer hatten in dieser Hinsicht wesentliche Vorbehalte gemacht. Auch diese sind jetzt, nachdem am vergangenen Sonnabend eine nochmalige Aussprache zwischen Vertretern der Streikenden und Vertretern der Unternehmer stattgefunden hat, beseitigt worden. Eine Vollversammlung der Unternehmer hat sich bereit erklärt, alle Streikenden wieder einzustellen mit Ausnahme von drei Arbeitern, die anläßlich des Streiks gesetzwidrige Ausschreitungen begangen haben sollen. Die Forderung der Unternehmer, von den Arbeitern nur 85 Proz. dauernd und 15 Proz. vorübergehend wieder einzustellen, wird fallen gelassen. Die Unternehmer erklären aber, die Brauindustrie werde wohl nicht in der Lage sein, die gegenwärtige Zahl von Arbeitern dauernd zu beschäftigen. Sollten sich Entlassungen wegen Rückgang der Produktion nötig machen, so solle hierbei nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden. Nachdem diese Differenzen geregelt waren, blieben noch einige Differenzpunkte bestehen, hinsichtlich deren die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten. Das sind die Fragen der Verkürzung der Arbeitszeit der Kontorboten, der Verlängerung des Urlaubs, die geforderte Bezahlung der Nachtarbeit und die Verkürzung der Vertragszeit, die bis zum 1. Juli laufen soll.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Funktionäre der Brauereiarbeiter führte Tröger aus, die wesentlichsten Differenzen seien durch die Zugeständnisse der Unternehmer beseitigt. Die noch bestehenden Differenzen würden durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses auch nicht in vollem Umfange zugunsten der Arbeiter beseitigt werden. Uebrigens hätten die Unternehmer erklärt, wenn ein von ihnen nicht anerkannter Schiedsspruch als rechtsverbindlich erklärt werden sollte, so könnten sie doch nicht gezwungen werden, die Betriebe zu öffnen. — Da eine Fortsetzung des Streiks den Arbeitern keine weiteren Vorteile mehr bringen könne, so empfahl Tröger, den Streik ebenso einmütig, wie er beschlossen und durchgeführt wurde, jetzt für beendet zu erklären.

Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 204 gegen 75 Stimmen, den Streik zu beenden und die Arbeit am Dienstag früh in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Um das zu ermöglichen, sollen die Nachtschichten der Maschinisten und Heizer schon am Montag abend wieder in Tätigkeit treten.

Tarif für die Bureau-Hilfskräfte des Magistrats.

Für die in den kommunalen Bureaus beschäftigten Hilfskräfte ist nach längeren Verhandlungen, die durch einen Schiedsspruch ihren Abschluß fanden, ein die allgemeinen Arbeitsbedingungen regelnder Manteltarif und ein Gehaltstarif zustande gekommen. Dieser setzt folgende Monatsgehälter fest: männliche Jugendliche von 15 bis 19 Jahren je nach dem Alter 450—785 M., weibliche Jugendliche 555—655 M., Angestellte über 20 Jahre: für mechanische Arbeit der männlichen Angestellten 825—875 M., der weiblichen Angestellten 685—715 M., für qualifizierte Dienstleistungen der männlichen Angestellten 875—915 M., der weiblichen Angestellten 715—755 M., für verantwortliche Stellen der männlichen Angestellten 925—975 M., der weiblichen Angestellten 755—795 M., für verantwortliche oder leitende Sonderstellungen der männlichen Angestellten 975—1025 M., der weiblichen Angestellten 795—835 M. Die Abstufungen aller vorstehenden Gehaltssätze richten sich nach dem Dienstalter. Die erste Stufe ist das Anfangsgehalt, die Oberstufe wird nach zwei Jahren, eine dazwischen liegende Mittelstufe nach einem Jahr erreicht. Außer den angeführten Gehaltssätzen werden monatliche Beihilfen gezahlt für Ledige unter 18 Jahren 65 M., für Ledige über 18 Jahre 100 M., für Verheiratete 150 M., für jedes Kind 40 M.

Eine am Montag abgehaltene Versammlung der gewerkschaftlichen Funktionäre und Betriebsräte der kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins erklärte durch einstimmige Annahme einer Resolution, daß der Schiedsspruch, namentlich der soziale Teil der Arbeitsbedingungen, den berechtigten Forderungen der Hilfskräfte nicht entspricht. Besonders wird gerügt, daß das bisherige weitergehende Mitbestimmungsrecht der Hilfskräfte auf die Norm des Betriebsrätegesetzes beschränkt worden ist. Die zuständigen Gewerkschaften werden beauftragt, zum Zweck der sozialen Verbesserung des Vertrages nochmals mit den Gemeindevertretungen zu verhandeln und die sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen werden um Unterstützung und Förderung dieser Bestrebungen ersucht.

Ueber den Stand des Streiks der Markthelfer im Berliner Buchhandel berichtete die Streikleitung in einer im „Alexandriner" stattgefundenen Versammlung. Nach dem Bericht erklärten die Streikenden, so lange im Streik zu verharren, bis die Forderungen bewilligt sind.

Die Organisationsleitung bemängelte die schwache Beteiligung der Beschäftigten aus den bewilligten Firmen, sowie daß über ein Drittel der weiteren Firmen noch keine Meldung vorliegt. Ein weiteres Verharren im Streik sei nur erfolgreich, wenn die Buchhandels-Marthelfer sowie die kaufmännischen Angestellten in der Branche sich energisch für ihre Forderungen in den Betrieben einsetzen.

Eisenbahnerstreiks.

Einer Meldung aus Sommerfeld zufolge befinden sich seit Montag früh die Angestellten und Arbeiter der Lausitzer Eisenbahn-Gesellschaft wegen Gehalts- und Lohnstreitigkeiten im Ausstand, so daß der Betrieb der drei Linien der Gesellschaft, Sommerfeld—Teuplitz—Muskau, Rauscha—Freiwaldau und Hansdorf—Priebus—Lichtenberg ruht.

Nach einer Blankenburger Meldung sind die Beamten und Arbeiter der Halberstadt—Blankenburger Eisenbahn in den Ausstand getreten. Die Beamten fordern Gleichstellung in ihren Bezügen mit den Staatsbahnbeamten. Die Arbeiter erklärten sich mit den Angestellten solidarisch. Der Verkehr ruht seit Sonntag mittag.

Der Bankbeamtenstreik.

Der Streik der Bankbeamten im größten Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebiets dauert fort. Es werden nur Notstandsarbeiten erledigt. Am 12. Mai findet in Berlin eine Sitzung des Reichsverbandes der Bankleitungen statt, in der zu den Forderungen der Beamten Stellung genommen werden wird.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission besprach in ihrer letzten Sitzung die Differenzen der Gastwirtsgehilfen mit dem Oekonom des „Volkshauses", Jarius, beim letzten Streik. Den Ausführungen Roths vom Gastwirtsgehilfenverband traten Scheible, Hoffmann, Marczinek, Lenz und Storch bei, sie wünschten, daß derartige Mißhelligkeiten in Zukunft vermieden werden möchten.

Der Obmann Flemming machte Mitteilung, daß aller Voraussicht nach nach den Reichstagswahlen die Neuwahlen der Beisitzer zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht nach neuen Grundsätzen stattfinden werden. Redner ersuchte die Gewerkschaften, in den nächsten Mitgliederversammlungen sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Die neu aufzustellenden Kandidaten sind dem Ausschuß der Kommission sofort mitzuteilen. Die endgültige Aufstellung der Kandidatenliste erfolgt in der Vollversammlung der Gewerkschaftskommission.

Ferner gibt Flemming von einem Rundschreiben des Fleischerverbandes Kenntnis, in welchem die Gewerkschaften ersucht werden, keinen Druck auf Fleischergesellen, die in der augenblicklich schlechten Lage des Fleischergewerbes in anderen Berufen beschäftigt sind, wegen ihrer alten Verbandszugehörigkeit ausüben. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Wünschen des Fleischerverbandes die größte Beachtung zu schenken.

NB. Diejenigen Betriebsobmänner, die nach dem Betriebsrätegesetz in Charlottenburger Betrieben von über 30 Personen gewählt worden sind, werden gebeten, ihre Adressen dem Obmann der Kommission, Otto Flemming, Pestalozzistr. 18, vorn 4 Treppen, mitzuteilen.

An die Kundschaft des Friseurgewerbes,

insbesondere an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten richtet der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Groß-Berlin, SO. 16, Engelufer 15, die dringende Bitte, ihn im Kampfe um die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe zu unterstützen. Die Sonntagsruhe besteht bereits in einer ganzen Reihe von Großstädten, in ganz Württemberg und Baden und ist in vielen anderen Städten in Vorbereitung. Auch in Berlin bleibt ein Teil der Geschäfte Sonntags geschlossen, allein die zünftlerische Barbier- und Friseur-Innung nebst Freien Vereinigung, wehrt sich gegen diese Reform.

Rechtsverbindliche Tarifverträge.

Der zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, usw. und dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels am 20. Februar 1920 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 25. August 1919 für die kaufmännischen Angestellten im Baumaterialien-Großhandel im Gebiete des Zweckverbandes Groß-Berlin ist mit Gültigkeit vom 1. Januar 1920 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Das gleiche trifft zu auf den zwischen dem Zentralverband der Angestellten und der Vereinigung der Berliner Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Grossisten am 1. Januar 1920 abgeschlossenen zweiten Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 15. September 1919 nebst Nachtrag vom 20. September 1919 für die kaufmännischen Angestellten im Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Großhandel. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1920.

Der zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Tafelglasfabriken in Berlin, dem Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands und dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter im November 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in der Tafelglasindustrie beschäftigten Glasfacharbeiter ist für das Gebiet des Deutschen Reiches mit Wirkung vom 1. Januar 1920 für allgemein verbindlich erklärt.

Der zwischen dem Arbeitgeberverband der Zigaretten- und Zigarettenhülsenfabrikanten von Groß-Berlin und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, am 1. Mai 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zigaretten- und Zigarettenhülsen-Maschinenführer ist für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin vom 1. März 1920 ab für allgemein verbindlich erklärt.

Das Elend im Photographiegewerbe. Der Druckfehlerteufel schildert in unserer Notiz in Nr. 284 die Lage der Photographengehilfen in der Porträtphotographie rosiger als sie ist. Nicht 165 Mark Wochenlohn erhält diese Arbeitergruppe, sondern leider nur 105 Mark.

Ein Bundestag der Gefängnis-, Straf-, und Erziehungsanstalts-Aufsichtsbeamten und -Beamtinnen Deutschlands findet am 13., 14. und 15. Mai im Lehrervereinshaus, Alexanderstraße, statt. Wichtige Punkte der Tagesordnung bilden außer den Standesfragen und Anträgen zur Verbesserung des Strafvollzuges, hauptsächlich Organisationsfragen, Stellungnahme zu den Beschlüssen des Deutschen Beamtenbundes während des Kapp-Putsches, Anschluß an die freien Gewerkschaften usw. Außer Vertretern der Regierung werden Abgeordnete der verschiedensten Parteien an den Verhandlungen teilnehmen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Mineralwasserarbeiter, -arbeiterinnen und -kutscher! Dienstag, den 11. Mai 1920, abends 7 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27 b: Gruppenversammlung. Tagesordnung: Bericht über die weiteren Verhandlungen mit dem Verband Berliner Mineralwasser-Fabrikanten wegen unseren Lohnforderungen. Diskussion und Beschlußfassung. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches resp. Mitgliedskarte. — Sektion I (Bekleidungs-Industrie). Handelshilfsarbeiter u. -arbeiterinnen der Gruppe VI aus allen Betrieben der Herrenwäsche-, Krawatten- und Schlumbranche! Mittwoch, den 12. Mai 1920, abends 6 Uhr, im Lokal von Karl Bitte, Poststr. 29: Gruppenversammlung. Tagesordnung: Bericht über das letzte Tarifabkommen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 5 (Rechts- und Patentanwaltsangestellte, Angestellte in Auskunfteien, Detektivinstituten und bei Bücherrevisoren). Die für Dienstag angesagte öffentliche Versammlung in den Arminhallen findet später statt. Bekanntgabe erfolgt.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 12. Mai. Fachgruppe 7 (Waren- und Kaufhäuser, Spezialgeschäfte 7½ Uhr, Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11. Fachgruppe 14: (Auto-, Wagen-, Karosserie-, Lust- und Wasserfahrzeug-Bau und -Handel) 7 Uhr Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Friedhofsarbeiter. Mittwoch, den 12. Mai, abends 7½ Uhr, in Habelands Festsälen, Neue Friedrichstr. 3: Gruppenversammlung aller auf Groß-Berliner Friedhöfen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: Der Stand der Tarifverhandlung. Erscheinen aller Friedhofsarbeiter und -arbeiterinnen dringend notwendig.

Angestellte der chemischen Industrie. Am Mittwoch, den 12. Mai, abends 7 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 15: Massenversammlung. Tagesordnung: „Der Schiedsspruch".

Betriebsräte und Vertrauensleute der Wach- und Schließgesellschaften. Am Mittwoch, den 12. Mai, morgens 9 Uhr, im Lokale von Schirm, Charlottenstr. 7/8, Funktionärkonferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Vorgängen in der Sektionsversammlung.

Friseurgehilfen. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 12. Mai, abends 7 Uhr, Engelufer 15. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Funktionäre und Vertrauensleute der Branchen der Fabrik-, Industrie- und Geschäftshausportiers, Fahrstuhlführer, Heizer und Privatwächter des Deutschen Portier-Verbandes. Am Mittwoch, den 12. Mai, abends ½6 Uhr, im Bureau, Bayreuther Str. 31, Funktionärkonferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Vergewaltigung unserer Branchen durch die Sektionsversammlung.

Wirtschaft

Uebernahme von Valutaverlusten durch die Reichsbank. Um in den Besitz möglichst hoher Beträge von Devisen (Auslandswechsel) zu kommen, empfehlen und fordern die Preisprüfungsstellen für die Ausfuhr, daß die Zahlung für deutsche Exportware nicht in Mark, sondern in ausländischer Währung erfolgen soll. Derjenige Fabrikant oder Exporteur, der selbst keine Devisen braucht, z. B. für den Bezug ausländischer Rohstoffe, verkauft lieber in Markwährung nach dem Ausland, weil er hierdurch vor Verlusten geschützt ist. Er gibt ja die Markbeträge ohne weiteres an seine Arbeiter und Lieferanten weiter. Erhält er jedoch den Gegenwert für seine Waren z. B. in Gulden, Franken oder Kronen, so kann er bei Steigerungen der Markwährung unter Umständen empfindliche Kursverluste erleiden. Da aber das Reich sehr großes Interesse daran hat, möglichst viele ausländische Zahlungsmittel zur Bezahlung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu erhalten, hat sich die Reichsbank schon seit einem Jahre bereit erklärt, selbst die Kursverluste zu übernehmen. Der Exporteur, der also heute vom Auslandsbesteller für die Waren Devisen erhält, kann sie sofort zur Reichsbank geben und sich von dem Risiko entlasten.

Die Maßnahme ist nicht ohne Erfolg geblieben, die Steigerung des Markkurses ist darauf zurückzuführen, daß ein großes Angebot von Devisen an den deutschen Börsen der Nachfrage gegenübergestellt werden konnte, wodurch der Preis gedrückt wurde.

Daß die Devisenordnung, die während des Krieges bestand und verlangte, daß alle Gegenwerte für Ausfuhrwaren der Reichsbank überlassen werden mußten, aufgehoben wurde, war ein großer Fehler. Die Reichsbank hatte sich hier dem Drängen der Interessenten gegenüber viel zu nachgiebig gezeigt. Wäre die Zentralisation des Devisenverkehrs bei der Reichsbank erhalten geblieben und damit der starken Spekulation in Valuten ein Riegel vorgeschoben worden, wären uns viele wirtschaftliche Erschütterungen erspart geblieben. Mächtige privatkapitalistische Interessen hatten hier wieder über die volkswirtschaftliche Interessen gesiegt. Auch heute noch müssen wir die straffste Zentralisation der Auslandszahlungsmittel bei der Reichsbank fordern, nicht nur aus währungspolitischen Gründen, sondern auch zum Zweck der Beobachtung unserer Außenhandelslage, die sich nicht ermöglichen läßt, wenn die Zahlungen durch Tausende von Kanälen erfolgen. —astr.

Die deutschen Sparkassen. Während im Januar und Februar dieses Jahres die Rückzahlungen höher waren als die Einzahlungen, hat sich das Bild im März wieder geändert. Auch im April hat sich der Stand günstig gestaltet. Die Geldhamsterei scheint zum Stillstand gekommen zu sein.

Abnahme: Januar 110 Millionen Mark, Februar 300 Millionen Mark, Zunahme: März 50 Millionen Mark.

Zur Streikbewegung der Bankbeamten schreibt die „Berliner Börsen-Zeitung" folgendes:

„Fast scheint es, als ob die bisher veröffentlichten Abschlüsse von Großbanken und auch kleineren Instituten die Begehrlichkeit der Beamten aufs neue stark angeregt hat, trotzdem es wahrlich keines tiefgründigen Verständnisses für Bilanzen bedarf, um zu begreifen, daß die Leiter der Banken bei der Fürsorge für ihre Beamten bis an die Grenzen des Möglichen gehen, um die Arbeitsfreudigkeit ihrer Helfer zu erhalten, ohne allerdings die berechtigten Ansprüche der Aktionäre in der Teilnahme an den durch gemeinsame Arbeit erzielten Früchten völlig außer Acht zu lassen. Die führenden Bankaktien haben bekanntlich schon seit langer Zeit aufgehört, Spekulationspapiere zu sein und werden von vielen Rentnern und vorsichtigen Kleinkapitalisten als Anlagewerte gewählt, und daß auch diesen Aktionären kleine Einkommensteigerungen zu gönnen sind, wird niemand in Abrede stellen können. Gewisse Bankbeamtenkreise sind aber bereits so stark von antikapitalistischen Tendenzen beherrscht, daß sie sich am liebsten als die eigentlichen Schöpfer der in den Bankbilanzen ausgewiesenen Gewinne betrachten und das Recht der Verteilung für sich in Anspruch nehmen möchten. Welche Aussichten damit dem Bankgewerbe eröffnet würden, bedarf kaum der Erwähnung."

Die großen Gewinnsteigerungen der Banken sind reine Konjunkturgewinne, erzielt aus der Not des Volkes, aus den gewaltigen Zinsleistungen an die Banken. Während der Arbeiter seine Ersparnisse mit 8 Proz. verzinst erhält bei den Sparkassen, oder bei Staatspapieren die schwersten Kursverluste zu tragen hat, genießt der Aktionär der Großbanken dank deren Machtpositionen erheblich höhere Verzinsungen.

Erarbeitet wird die Dividende von der Gesamtheit der Bankangestellten, in der Höhe bestimmt durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Konjunktur, nicht aber vom Aktionär, der nur Nutznießer ist. Daher geht die Angestelltenschaft voran. Erst wenn ihre berechtigten Ansprüche befriedigt sind, kann die Erhöhung einer Aktiondividende in Frage kommen.

Verpachtung der Dresdner Artilleriewerkstätten. Zwischen dem Reichsschatzministerium und den Hartmann-Werken in Chemnitz ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach letztere den größten Teil der umfangreichen Fabrikationsräume der früheren Artilleriewerkstätten in Dresden unter Uebernahme der erheblichen dort vorhandenen Vorräte an Rohstoffen auf eine längere Zeit verpachten. Die Hartmann-Werke kommen dadurch in die Lage, eine weitere Ausdehnung ihres Textilmaschinenbaues durchzuführen.

Kapitalertragssteuerpflicht deutscher Zinsscheine, die sich in schweizerischem Besitz befinden. Die in schweizerischem Besitz befindlichen deutschen Zins- und Gewinnanteilscheine unterliegen auch dann der Kapitalertragssteuer, wenn die Wertpapiere bei einer Schweizer Bank in Depot gegeben sind.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

STAATL. FACHINGEN

Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw.
Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbureau, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 55.

STAATL. FACHINGEN